

Niesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Ersteinst 12mal wöchentlich.
Preis:
Abnehmer monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatlich 1 M.,
vierteljährlich 3 M. (ohne Bestellgebühr).
Im Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. vierteljährlich.

Mittelrheinische Zeitung.
Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Anzeigen in den Nummern 20-4,
Deutschland 30 Pf., Ausland 40 Pf.,
Die Anzeigen in den Nummern 1-19
Anzeigen-Annahme:
Für Abendausgabe bis 11 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Herausgeber:
Inhaber und Abonnement: Nr. 109,
Redaktion: Nr. 120; Verlag: Nr. 819.

93 Morgen-Ausgabe.

Freitag, 20. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

In Karlsruhe fand gestern im Beisein des Kaisers die Befreiung der Prinzessin Wilhelm von Baden statt.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es gestern zu großen Vorfällen.

Der Rücktritt des japanischen Kabinetts steht bevor. Der Gouverneur von Korea, Graf Terachi wurde beauftragt, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen.

Die Revolution auf Haiti breitet sich weiter aus. Zwischen Regierungstruppen und Revolutionären hat bei Grand River ein erbitterter Kampf stattgefunden.

Die neue Aera in Russland.

(Von unserem Korrespondenten.)

× Petersburg, 17. Februar.

Die vom russischen Kaiser angeregte Idee einer Reform der Finanzen- und Wirtschaftspolitik beschäftigt alle Geister; sie kam so überraschend, daß bisher weder Einzelne noch Parteien dazu praktische Stellung genommen haben. Der Kaiser liebt Ideen, Theorien und baut auf ihnen neue Welten auf; wenn aber die Projektion in die Wirklichkeit erfolgen, das Umsetzen in Arbeit und Leistung beginnen soll, dann steht vieles oft recht anders aus. So wird auch jetzt über die Reform viel geredet und geschrieben, und die Idee wie die Tatsache, daß der Kaiser selbst die glänzende Fassade des Finanzsystems, das Kozlowow geerbt und weiterentwickelt hatte, einriß, befehlen den Beifall aller politischen Parteien und aller Kreise der Gesellschaft. Das ist an sich nicht erstaunlich, denn der Aufruf zur Besserung der bedrückten Lage der in Schnaps und Armut verkommenen Bauernmasse hat stets einen lebhaften Widerhall in der ganzen Gesellschaft ohne Unterschied der politischen Anschauung gefunden.

Es ist ein außerordentlich geistvoller Zug, daß die der Rechten angehörenden Beamten der Ministerien eine so populäre Parole gefunden haben, die die Aufmerksamkeit von den Vorgängen hinter den Kulissen ablenkt und den Eindruck erwecken kann, daß jetzt anstatt des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt ein allseitiges Zusammenarbeiten der Regierung mit Reichsrat und Duma unter der Devise „Errettung des Volkes und des Landes“ beginnen wird. Das Reskript an den neuen Finanzminister hebt hervor, daß im Kampf gegen den unbefriedigten Schnaps die Kammer das lebhafteste Interesse gezeigt hätten. Prinzipiell ist das richtig, aber die Stellungnahme von Reichsrat und Duma in dieser Frage weicht doch stark von einander ab, indem die Duma in ihrem Gesetzentwurf den Kampf viel früher und selbstloser führen will. Bei dem ersten Willen, den der Kaiser jetzt ausgesprochen hat, dürfte aber ein Wort von oben genügen, um die alten Herren des Reichsrates nachgiebiger zu machen, sodaß auf der Basis des Antialkoholgesetzes in der Tat ein Zusammengehen zwischen den drei maßgebenden Faktoren: Regierung, Reichsrat und Duma erzielt werden könnte. Mit einem Antialkoholgesetz erschöpfen sich aber nicht die Aufgaben, deren Durchführung der Zar dem neuen Finanzminister aufträgt. Das Gesetz ist nur ein Damm zur Abwehr schmutziger Wasser; viel schwieriger ist die positive Arbeit, neue, reine Quellen in den anspruchsvollen Staatshaushalt zu leiten. Wo sie herkommen sollen, darüber hat man noch kein Wort vernommen.

„Entwicklung der unerschöpflichen Reichtümer“ — was hat man darüber nicht schon gehört und gelesen! Sie sind da, daran ist kein Zweifel. Manches ist auch schon zu ihrer Entwicklung gekommen, das steht jeder, der sich einmal die Mühe gegeben hat, das große Land kreuz und quer zu durchkreuzen. Aber das Hauptverdienst an dem bisher Gewonnenen gebührt nicht den Russen, sondern dem geistigen und klüglichen Kapital des Auslandes. Das ist einer der großen Schmerzen, die Rechte und Nationalisten verbinden, also die zu Einfluß gekommenen Faktoren. Daher tauchen mit der Ernennung des neuen Finanzministers gleichzeitig Gerüchte über die beabsichtigte Verwirklichung des nationalökonomischen Projektes einer Nationalisierung des Kredit auf. Diese würde aber ebenso wie der der Landbevölkerung in Aussicht gestellte erleichterte Kredit eine weitere Belastung der Staatsschulden darstellen.

Wo sollen die neuen Quellen herkommen? Mit welcher Zeile ist in der Öffentlichkeit bisher der Versuch gemacht worden, auf diesen Punkt einzugehen. Die Einkommensteuer, die bisher an dem Widerstand der Besitzenden gescheitert ist, wird nicht zu umgehen sein, sie wird aber wahrscheinlich gerade unter den Geiern Kozlowows und Anhängern der Finanzreform keinen geringen Widerstand finden. Im übrigen steht das Reskript dem Finanzminister weitere Anweisungen in Aussicht, und dabei handelt es sich wohl um Wegweiser zu den Quellen neuer Einkünfte. Es ist anzunehmen, daß diese Frage zusammen mit der Idee einer Reform der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik Kozlowows Entlastung durchdringt wurde, und nach der großen Rolle zu urteilen, die Witte beim Sturz seines Nachfolgers gespielt hat, wird er als der Sachverständige und Chef des Finanzkomitees zu Rate gezogen worden sein. Seine häufigen Begegnungen in letzter Zeit mit dem Kaiser sehr gut angeschriebenen Landwirtschaftsminister, der schon jetzt als Nachfolger Kozlowows genannt wird, weisen darauf hin, ebenso die warmen Worte, die er dem neuen Finanzminister widmet. Die „Sphinx Witte“ ist die interessanteste Erscheinung in der gegenwärtigen Aera, die mit großen Reformvorstellungen eröffnet wird. Im Reichsrat hat unlängst Witte Kozlowow wegen des von Witte selbst geschaffenen Schnapsmonopols angegriffen. Damals war die Haltung nicht recht zu verstehen. Jetzt, nach dem Sturz Kozlowows

und der Allerhöchsten Proklamierung eines Ernährungsfeldzuges gegen das staatliche Gift wird manches klar. Sollte Witte so selbstlos geworden sein, für andere zu arbeiten und zu kämpfen?

Gewerbliche Fragen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, die augenblicklich den Handelsrat durchberater, wurden verschiedene Fragen besprochen, die speziell für die gewerblichen Kreise von großer Bedeutung sind. Insbesondere gelangte das Zugabewesen zur Erörterung, angesichts der von verschiedenen Seiten erhobenen Forderungen, hiergegen auf gesetzlichem Wege einzuschreiten, da das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb keine ausreichende Handhabe bietet. In der Tat handelt es sich hierbei um eine Frage, welche die betreffenden Kreise seit einer Reihe von Jahren bewegt, da in verschiedenen Branchen das Zugabewesen einen Umfang angenommen hat, der das gewerbliche Maß bei weitem überschreitet. Der Käufer muß der Getäuschte sein, denn es liegt auf der Hand, daß niemand etwas verschicken kann, sondern daß das Geld auf andere Weise wieder einkommen muß, sei es durch erhöhte Preise oder unzureichendes Gewicht und dergleichen. Zweck wird lediglich, den Käufer anzulocken und hierbei gebraucht man nicht selten Formen, die als unlauterer Wettbewerb angesehen werden müssen. Leider aber nach den heute in Kraft befindlichen Bestimmungen nicht immer verfolgt werden können. Seitens der Regierung wird dieser Zustand gleichfalls als unzulänglich erkannt und sie erwägt daher, wie der Minister in der Kommission mitteilte, ein eventuelles gesetzliches Vorgehen.

Eine andere Angelegenheit, die die in Frage kommenden Kreise seit langem lebhaft bewegt, ist die Abgrenzung von Handwerk und Fabrik. Neuerlich mag das nicht erheblich erscheinen. In Wirklichkeit kommt aber sehr viel darauf an, ob ein Betrieb als dem Handwerk zugehörig oder als Fabrik betrachtet wird; es ist das von Wichtigkeit für die Verteilung der sozialen Lasten, Beitragspflichten, den bestehenden Interessensvertretungen und dergleichen mehr. Die Regelung der Frage ist insofern eine so schwierige, daß, obwohl daran seit langem gearbeitet wird, man noch immer keinen Modus herbeigeführt hat, auf Grund dessen eine Trennung vorgenommen werden kann, und wie der Minister in der Kommission ausgeben mußte, hat man auch heute noch keinen gangbaren Weg gefunden, so daß die Frage noch für geraume Zeit um Verweisung der Beteiligten in der Schwebe bleiben muß. Schließlich wurde noch eine andere, die leitende Delegation behandelnde Angelegenheit zur Erörterung gestellt, die des Submissionswesens. Auch hier ist man noch zu keiner Verhandlung gelangt und eine gesetzgeberische Aktion steht noch in weiter Ferne. Etwas Abhilfe sollen Submissionszentralen bringen, die großen Handwerkskammern angegliedert werden und wie man bereits eine solche in Breslau geschaffen hat. Ob davon das Ziel kommen wird, muß dahingestellt bleiben, jedenfalls muß man aber sagen, daß die Schäden, die bei Verdingungen heute zumeist einschlägigen Verfahrens so große sind, daß baldige Abhilfe dringend notwendig erscheint.

Das Herrscherpaar von Albanien.

Wie die jetzige Königin Elisabeth von Rumänien, die unter ihrem Dichternamen Carmen Sylva allgemein bekannt ist, der fürstlichen Wiedischen Familie entstammt, so auch der erste Herrscher des neugegründeten Fürstentums Albanien, der heute im Newwieder Schloß eintrifft, wird, um aus den Händen der Gesundheitsfürsorge hervorgehoben, der Albaner die Krone der neuen Monarchie — freilich nur bildlich gesprochen — entgegen zu nehmen. Prinz Wilhelm zu Wied, ein Bruder des derzeitigen Fürsten, ist am 26. März 1876 in Newwied geboren und seit 1906 mit der Prinzessin Sophie von Schönburg-Waldenburg vermählt. Der Prinz steht also kurz vor der Vollendung des 38. Lebensjahres, während die Prinzessin am 21. Mai 29 Jahre alt wird. Allgemein werden dem Prinzenpaare glänzende Vorzüge nachgerühmt. Man hebt die Klugheit, den vollendeten Takt und vor allem die Noblesse beider Fürstlichkeiten, die ohne Zweifel im Begriffe stehen, einen dorischen Pfad zu betreten, auf dem ihnen sogar möglichenfalls Gefahren für ihre persönliche Sicherheit lauern mögen, rühmend hervor. In Potsdam, wo der Prinz mehrere Jahre bei den Garde- Dragonern stand, hat das Paar ein sehr gastfreies Haus gemacht, in dem auch den Vertretern der schönen Künste und der Literatur ein freundliches Willkommen sicher war. Dr. Schubin, die jetzt beinahe schon in Vergessenheit geratene Prager Schriftstellerin, deren bürgerlicher Name Lola Kirchner lautet, hatte vielfach Gelegenheit, im Hause des prinziplichen Paares zu verkehren. Sie schildert ihre Eindrücke in einem längeren Aufsatz der „N. Fr. Pr.“, in dem besonders der folgende, das Persönliche berührende, Abschnitt interessiert:

Neben dem großen Musiksaal in Potsdam ist ein kleines weißes Boudoir, ganz weiß, mit weißem Atlas an den Wänden, Atlas, der mit weißen Villen bedeckt ist. In diesem Boudoir sah das Fürstinnenpaar, als Fürstin Sophie mir ihre definitive Absicht erklärte, dem Ruf der Wälsche und des Schicksals zu folgen. Der Fürst hielt sein Töchterchen auf den Armen und schweig nachdenklich, während Fürstin Sophie, und den See kredenzend, von Albanien sprach. Sie erzählte, wie zuerst die „Zumutung“ an sie beide herangetreten war, wie die Sache immer konkretere Formen angenommen. Wie dann von autorisierter Seite her dem Ehepaar die Beschaffenheit Albaniens, das in vielfältige Verschiedenheiten zerfallende Volk, die Rücksichtslosigkeit und die ungeheuren Schätze des Landes geschildert

wurden. „Und als „er“, die autorisierte Persönlichkeit nämlich, uns alle Schattenseiten der Situation schonungslos bloßgelegt hatte“, erzählte die Fürstin, „da sagte er hinzu: „Aber! Es ist eine wunderschöne Aufgabe!“ und leise wiederholte sie's vor sich hin: „Eine wunderschöne Aufgabe!“

Der Fürst fuhr fort, die Haare seines Töchterchens zu ähren und zu schneiteln.

Wenn ich hier mehr von der Fürstin als von dem Fürsten gesprochen habe, so ist es nicht, weil ich weniger von ihm halte, sondern nur, weil ich ihn weniger kenne. Alle, die ihn kennen, schätzen ihn hoch. Er ist ein vorzüglicher Offizier, kurz, ruhig in seinem Urteil, sehr human. Wenn's einen absolut verlässlichen, durch und durch aufrichtigen Menschen auf der Welt gibt, äußerte sich mir gegenüber ein hervorragender englischer Diplomat, „so ist's Wilhelm zu Wied!“

Ob ihn das gerade für seine Aufgabe prädestiniert... Wird Wilhelm zu Wied es über sich gewinnen, seinen gefährlichsten Feind lösen zu lassen? Wenn's sein möchte? Das ist für mich die große Frage.

Ob er die Albanesen dazu bringen wird, Steuern zu zahlen und Soldaten zu stellen, kommt erst in zweiter Linie.

Wir alle, die wir die Freude und Auszeichnung genossen haben, in ihrem Freundeskreis mit eingebegriffen zu sein, wir wissen, was wir an dem Fürstinnenpaar verlieren. Etwas so Interessantes und Sympathisches wie den Wiedischen Salon mit seinen liebenswürdigen angereizten Wirten, jener harmonischen Verschmelzung der inkongruentesten Elemente, werden wir nicht wieder finden.“

König Wilhelm I.?

In Newwied erregt eine Wiener Meldung großes Aufsehen. Bekanntlich wird die albanische Throndeputation unter Führung Essad Paschas, die dem Prinzen Wilhelm zu Wied die Krone Albaniens offiziell anbieten wird, vom Prinzen am 21. d. M. auf seinem Schloß in Newwied empfangen. Wie nun die „Neue Freie Presse“ von besondrer albanischer Seite erfahren hat, wird Essad Pascha in seiner Ansprache an den Prinzen den künftigen Herrscher Albaniens mit Sire, Majestät, beziehungsweise mit König titulieren. Auch die Bevölkerung Albaniens wird den Prinzen Wilhelm als König bezeichnen.

Der Pariser „Temps“ widmet dem Besuche des Prinzen zu Wied folgenden Artikel: Der Besuch des neuen Herrschers von Albanien ist lediglich eine Pflicht der Höflichkeit gegenüber den Mächten, die sein Königreich mit geschaffen und mitgewirkt haben, die Realistat Oesterreichs und Italiens bezüglich Albaniens auszugleichen. Es ist schwer zu sagen, welche Haltung der deutsche Fürst künftig einnehmen wird, wenn man bedenkt, daß sich der Prinz den Mächten des Dreibundes verbunden fühlt. Auf jeden Fall wird er durch die vielfachen Interessen seines Landes, seine persönlichen Beziehungen zum rumänischen Königslande, die Notwendigkeit, mit dem benachbarten Griechenland, mit Montenegro und Serbien gute Beziehungen zu unterhalten und die bekannte Zusammenfassung der Bevölkerung eine schwierige Aufgabe zu erfüllen haben. Es gibt wenig Fürsten, die unter diesen Umständen eine derartig gefährliche Krone angenommen hätten. Darum verdient das fürstliche Paar, das in Durazzo seine Residenz aufschlagen wird, von allen Seiten in seiner schwierigen Aufgabe unterstützt zu werden.

Kurze politische Nachrichten.

Der Geschäftsplan des Abgeordnetenhauses.

Für das Abgeordnetenhaus ist folgender Geschäftsplan in Aussicht genommen: Nach Eröffnung des Haushalts des Ministers des Innern sollen die kleinen, dem Haushaltsausschuß nicht überwiesenen Etats und die Vorlage betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben beraten werden und alsdann die Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe und der Bauverwaltung folgen. Dazwischen soll der Mittwoch der nächsten Woche den Ausschüssen freigegeben werden. Durch diesen Beratungsstoff dürfte der Rest des Monats Februar voll in Anspruch genommen werden. Im März sollen dann die ersten Lesungen der Novelle zum Gemeindeabgabengesetz und die Novelle zur Befoldungsordnung vorgenommen werden. Alsdann wird die Haushaltsberatung fortgesetzt.

Eine neue kurze Anfrage.

Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Blum hat im Reichstage folgende Anfrage gestellt: Die Arbeitgeber derjenigen Versicherungspflichtigen, die Mitglieder einer zugelassenen Ersatzkasse sind, haben nach § 517 A.B.G. ihren Beitragsanteil weiter an die Krankenkasse einzuzahlen. Der Bundesrat ist aber nach Maßgabe des § 518 ermächtigt, anzuordnen, daß die Krankenkassen diese bei ihnen eingehenden Beträge an vier Fünfteln an die betreffenden Ersatzkassen abzuführen haben, und verschiedene Ersatzkassen haben bereits den erforderlichen Antrag gestellt. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, ob und welche Anordnungen gemäß § 518 der Bundesrat bereits beschlossen hat oder zu erlassen beabsichtigt?

Maßnahmen gegen den Auswandererverkehr in Ungarn.

Aus Budapest meldet man: Der ungarische Auswanderungsminister hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Fragen beschäftigt, die mit dem Auswanderungsverkehr in Zusammenhang stehen, und beschlossen, der Regierung die

Kündigung des bestehenden Poolvertrages mit den Schiffahrtsgesellschaften zu empfehlen. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Regierung dem Beschlusse des Auswärtigenrates zustimmen und zur Kündigung des Poolvertrages schreiten wird, in der Absicht, einen neuen, schärferen Kontrollbestimmungen enthaltenden Vertrag mit den Schiffahrtsgesellschaften zu vereinbaren.

Die Erklärungen Tirpitz' im englischen Parlament.

Aus London wird gemeldet: Die Ausführungen, die Großadmiral v. Tirpitz am 4. Febr. d. J. in der Sitzung der Budgetkommission des deutschen Reichstages über das Verhältnis der deutschen und englischen Schiffsbauten gemacht hat, waren in der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses Gegenstand einer Anfrage. Marineminister Churchill erklärte, daß er bei der Beratung des englischen Flottenbudgets ausführlich auf diese Frage eingehen werde.

Die griechische Anleihe.

Aus Paris kommt folgende Meldung: Ueber die neue griechische Anleihe werden jetzt hier Einzelheiten bekannt. Danach sind der griechischen Regierung zwei neue Anleihen bewilligt worden, und zwar soll die erste in Höhe von 175 Millionen Ende April und die zweite in gleicher Höhe Ende des Jahres emittiert werden. Garantiert wird die Anleihe durch die Einkünfte der altgriechischen Häfen und derjenigen von Saloniki und Kavalas. Griechenland hat sich weiter verpflichtet, bei seinen maritimen, militärischen und Eisenbahnmaterialeinkäufen die französische Industrie in ausgedehntem Maße zu berücksichtigen. Im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Venizelos sind von der französischen Regierung einzelne Bestellungen Griechenlands, die bei den französischen Banken und Metallwerken gemacht werden sollen, festgesetzt worden.

Die Krisis in Japan.

Der Drach meldet aus Yokohama: Der Rücktritt des japanischen Kabinetts steht unmittelbar bevor. Der Kaiser befahl auf den Rat des Fürsten Yamagata nun dem Generalgouverneur von Korea, Grafen Terauchi, nach Tokio zurückzukehren, um die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen.

Die Revolution auf Haiti.

Nach einem Telegramm aus Cap-Haitien ist ein scharfer Kampf zwischen Regierungstruppen und den Aufständischen am Grand River im Gange. Die Anhänger des Senators Theodoros werden hart bedrängt. Beide Parteien haben um Verstärkungen erlucht. Die Truppenabteilungen der fremden Konsulate haben den Führer der Aufständischen aufgefordert, Cap-Haitien zu verlassen. Dieser weigerte sich jedoch. Amerikanische Matrosenabteilungen patrouillieren in den Straßen.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen in der Armee.

Das „Militär-Wochenblatt“ meldet: * v. François, Gen.-Lt., beauftragt mit der Führung des 1. Armeekorps, und * v. Pläskow, Gen.-Lt., beauftragt mit der Führung des 11. Armeekorps, wurden zu kommandierenden Generalen ernannt. Zu Generalleutnanten wurden befördert die Generalmajor * v. Gontard und * v. Chelius, diensttuende Generale à la suite des Kaisers, * Franke, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Feldzeugmeisters, unter Ernennung zum Feldzeugmeister, * v. Bonin, Kommandant von Berlin. Der Charakter als Generalleutnant wurde verliehen den Generalmajoren * von Angersleben, Kom. der 18. Feldart.-Brig. (derselbe ist vom 1. März ab zur Dienstleistung bei der Kommandantur von Mek. kommandiert), * v. Hopfgarten gen. Heidler, Insp. der Landwehr-Inf. Stralsburg i. C. Zu Generalmajoren wurden befördert die Obersten * v. Troita gen. Trenden, Kom. des Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Grob.) Nr. 118, unter Verleihung an die Offiziere von der Armee mit Verleihung seines Wohnsitzes in Gießen, * Mengelbier, Kom. des 4. Unteroffiz.-Inf.-Reg. Nr. 143, unter Ernennung zum Kom. des 8. Inf.-Brig., * v. Mantuffel, Kom. der 19. Kav.-Brig., * Müller, Kom. der 9. Feldart.-Brig., * Schultheis (mit dem Range eines Brig.-Kom.), Chef des Stabes der Gen.-Inf. des Ing.- und Pionierkorps und der Festungen. Der Charakter als Generalmajor wurde verliehen * Anoth, Oberst und Kom. des Inf.-Reg. Markgraf Karl (7. Brandenburg.) Nr. 60, unter Verleihung an die Offiziere von der Armee mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wesel (derselbe ist vom 1. März ab zur Dienstleistung bei der Kommandantur von Wesel kommandiert), * Frhr. v. Hammerstein-Grosch, Oberst z. D. und Kommandant des Truppenübungsplatzes Deuberg, * v. Dewitz, Oberst und Kom. des Gren.-Reg. Königs Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) Nr. 2, wurde mit der Führung der 77. Inf.-Brig. beauftragt. * v. Eisenhardt-Rothe, Oberst und

Abt.-Chef im Großen Generalstab, wurde zum Kom. des Gren.-Reg. Königs Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) Nr. 2 ernannt. * v. d. Hende, Oberst und Bat.-Kom. im 7. Bad.-Inf.-Reg. Nr. 142, wurde als Abteil.-Chef in den Großen Generalstab versetzt. Zu Obersten wurden befördert die Oberleutnants * Schimmelpfennig beim Stabe des 7. Rhein.-Inf.-Reg. Nr. 69, unter Ernennung zum Kom. des Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Grob.) Nr. 116, * Busse beim Stabe des 3. Oberschl.-Inf.-Reg. Nr. 82, * Jäger, Kom. der Unteroffizierschule in Weisenfeld, * Tricelaff, Kom. des Kadettenhauses in Köslin, * v. Dürring, Kom. des Landwehrbezirks IV Berlin, * Brehler, beauftragt mit der Führung des 3. Westpreuß. Inf.-Reg. Nr. 129, * v. Trautmann, beauftragt mit der Führung des Inf.-Reg. Graf Walow von Dennenw. (6. Westf.) Nr. 55 — letztere beide unter Ernennung zu Kommandanten dieser Regimenter. * v. Petersdorff, Oberstl. beim Stabe des Oldenburg. Inf.-Reg. Nr. 91, wurde unter Verleihung zum 4. Unteroffiz.-Inf.-Reg. Nr. 143 mit der Führung dieses Regiments beauftragt. * v. Tschirschnitz, Oberstl. beim Stabe der Hauptkadettenanstalt, wurde unter Verleihung zum Inf.-Reg. Markgraf Karl (7. Brandenburg.) Nr. 60 mit der Führung dieses Regiments beauftragt. Der Charakter als Oberst wurde verliehen den Oberleutnants z. D. * v. Gilla, Kom. des Landwehrbezirks Bonn, * v. Hennings, Kom. des Landwehrbezirks Meiningen. Ernannt wurden unter Stellung z. Disp. mit der gesetzlichen Pension die Oberleutnants * Bergmann beim Stabe des 4. Magdeburg. Inf.-Reg. Nr. 67 zum Kom. des Landwehrbezirks Waren, * Schulz beim Stabe des Inf.-Reg. Markgraf Karl (7. Brandenburg.) Nr. 60 zum St.-Offizier beim Komdo. des Landwehrbezirks II Berlin, * Lende, Bat.-Kom. im 4. Unteroffiz.-Inf.-Reg. Nr. 143, zum Kom. des Landwehrbezirks Münster. Mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regimentsuniform beurlaubt demnachstiger Verwendung in Stellen für pensionierte Offiziere wurden zur Disp. gestellt die Oberleutnants * Nibel beim Stabe des Inf.-Reg. Prinz Moritz von Anhalt-Desau (5. Pomm.) Nr. 42, * Ringel, Bat.-Kom. im 3. Niederschl.-Inf.-Reg. Nr. 50, * Schüge, Oberstl. beim Stabe des Inf.-Reg. von Steinmetz (Westpreuß.) Nr. 97, wurde mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt und zur Dienstleistung beim Komdo. des Landwehrbezirks I Hamburg, dessen Uniform er zu tragen hat, kommandiert. * Pohlmann, Oberstl. an der Hauptkadettenanstalt, wurde von der Stellung als Bat.-Kom. entbunden und ist zum Stabe dieser Anstalt übergetreten. * Frhr. v. Vibra, Major und Bat.-Kom. im Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Grob.) Nr. 116, wurde zum Oberstl. befördert. Mit der gesetzlichen Pension wurde zur Disp. gestellt und zur Dienstleistung mit der Maßgabe kommandiert, daß das Kommando einer Verletzung gleich ist: * Krause, Major und Bat.-Kom. im 2. Oberschl.-Inf.-Reg. Nr. 82, zum Komdo. des Landwehrbezirks I Darmstadt. Zum Stab des Truppenteils, aus dessen Etat er vom 1. April ab seine Gehaltsbezüge zu beziehen hat, ist übergetreten * Schwierz, Major, aggr. d. Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Grob.) Nr. 115. (Fortsetzung folgt.)

Kommandierender General v. Pläskow. Der bisher mit der Führung des 11. kurbesitzthüringischen Armeekorps beauftragte Generalleutnant v. Pläskow ist am Mittwoch zum kommandierenden General des 14. Armeekorps ernannt worden. Exz. v. Pläskow ist bei einer Größe von 2,10 Meter der größte deutsche Offizier. Er war längere Zeit hindurch Kommandeur der Leibkompanie, der Schloßgardekompagnie und diensttuender Flügeladjutant des Kaisers. Er steht gegenwärtig im 62. Lebensjahre.

Stapelauß „Erfolg Brandenburg“.

Wie die „Kieler Nachrichten“ erfahren, wegen seiner Erkrankung zum Stapelausschlag des „Erfolg Brandenburg“ am 21. Februar nicht nach Kiel kommen. Die Taufe hält Prinz Heinrich. In den Bestimmungen über den Besuch der Kronprinzessin, die die Taufe zu vollziehen hat, ist bis jetzt eine Änderung nicht eingetreten.

Aus den Kolonien.

Entressen des neuen Schutztruppenkommandeurs in Deutsch-Ostafrika. Der neue stellvertretende Kommandeur der Schutztruppe von Deutsch-Ostafrika, Oberleutnant v. Leitow Vorbed, der am 12. Dezember mit der stellvertretenden Führung der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika beauftragt wurde, ist Mitte Januar im Schutzgebiet eingetroffen. Es ist wohl als sicher anzunehmen, daß Oberleutnant v. Leitow der endgültige Nachfolger des verdienten Frhr. v. Schleinitz werden wird. Man bedauert in Deutsch-Ostafrika das Ausscheiden des Frhr. v. Schleinitz auf tiefe, jedoch wird allgemein anerkannt, daß die maßgebenden Stellen bemüht waren, einen Mann an seine Stelle zu setzen, der auf eine reiche Kolonialerfahrung zurückblicken kann. Oberleutnant v. Leitow hat bekanntlich fünf Kriegs-

jahre in deutschen Kolonialkämpfen verbracht. Er war im Jahre 1900 Brigadestabsoffizier des ostafrikanischen Expeditionskorps in China und hat von 1904 bis 1906 am Aufstand in Deutsch-Südwestafrika sich wiederholt ausgezeichnet. Möge ihm auf seinem verantwortungsvollen Posten ein erprobtes Können vergolten sein.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 19. Febr.

Am Ministertisch v. Dallwitz.
Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet.
Zunächst verlegt das Haus die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Gräger (fortsch. Sp.) in einem Verleumdungsverfahren.
Der Gesetzentwurf betreffend die

Erweiterung des Stadtkreises Danzig

wird nach kurzer Beratung, in der ein Regierungskommissar mitteilt, daß die Verhandlungen über die Eingemeindung von Oliva und Joppe geteilt seien, in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.
Sodann wird die Einzelberatung des

Staats des Ministeriums des Innern

bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung von Berlin und Umgebung“ fortgesetzt.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Frh. Schenk zu Schweinsberg (kons.) auf Befreiung der Unstillschkeit vor, sowie ein Antrag von Arnhold (fortsch. Sp.) gegen das Verbot der Vereinigung der Berliner Schutzleute.

Abg. Viehnecht (soz.): Die Unstillschkeit ist heute nicht größer, als zu anderen Zeiten. Niemand wird behaupten können, daß die Unstillschkeit in Berlin größer ist, als in London. Die Schutzleute beklagen sich immer wieder über schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten, über Dienstkräften bei den kleinsten Dienstverhältnissen, über das Fehlen eines geordneten Disziplinarverfahrens und über den Fortbestand der Arreststrafe, sowie über das Nichtvorhandensein eines Unfallversicherungsgesetzes. Das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Vereinigung Berliner Schutzleute steht im Widerspruch zur Verfassung. Man behandelt die Schutzleute als Kulis und Sklaven und fürchtet, daß sie durch einen Zusammenschluß zur Erkenntnis ihrer unwürdigen Lage kommen. Mit dem Platzverbot in der Kirchenaustrittsbewegung kann und Herr v. Jagow nur nützen. Herr v. Jagow erlegt seinen Managel an juristischen Kenntnissen durch ein Uebermaß an staatsrechtlicher, schneidiger Umkehrbekämpfung und verläßt sich auf seinen Rückhalt an der Kronprinzessinkamarilla.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz bezeichnet diesen Ausdruck als unangehörig.

Abg. Gaffel (fortsch. Sp.): Das Verbot der Vereinigung Berliner Schutzleute wollte man damit rechtfertigen, daß die Genehmigung nicht vorher eingeholt worden war und daß die Zahl der Mitglieder zu groß sei. Warum geht man nicht auch gegen die Kriegervereine vor, die doch viel größere Mitgliederzahlen haben? Der Polizeipräsident von Berlin durfte der Politik des leitenden Staatsmannes nicht in den Rücken fallen, wie er es in der Zubernassire getan hat. („Sehr richtig!“ links.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Das Verbot der Vereinigung Berliner Schutzleute ist durchaus zulässig gewesen und entspricht dem Gesetz. Es ist ferner zulässig, im voraus eine Bestimmung zu treffen, die den Beamten verbietet, einem Verein ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde beizutreten. Diese Bestimmung war kurz vor der Begründung der Vereinigung erlassen worden. Von einem disziplinarischen Vorgehen gegen den Vorsitzenden der Versammlung war abgesehen worden, es mußte aber im Interesse des Dienstes seine Verletzung erfolgen. Den Polizeipräsidenten von Berlin gegen die persönlichen Angriffe des Abg. Viehnecht in Schutz zu nehmen, ist nicht nötig. Ich stelle nur fest, daß Herr v. Jagow durch seine organisatorische Begabung, durch seine Energie und Initiative, und vor allem durch seine Unzugänglichkeit gegenüber äußeren Einflüssen gerade die für ein so wichtiges Amt erforderlichen Eigenschaften in sich vereint. Der Herr Abg. Viehnecht sollte seine Äußerungen außerhalb des Hauses wiederholen. Er wird jedenfalls unter allen Umständen damit zu rechnen haben, bei mir das Maß von Rücksicht zu finden, das die Ausführungen verdienen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Otto-Charlottenburg (fortsch. Sp.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich geworden, zu der Position über den Sicher-

Die Herrin von Perikori.

Original-Roman von Hans Beder, Wiesbaden.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Seit der Abreise von Berlin war Hanna nicht wiederzuerkennen, wie sich Aniela ausdrückte.

Die beiden Mädchen fanden am Fenster des Hotels in Madrid und sahen auf das Gewühl des großen Platzes herunter, aber nur Aniela nahm das Bild in sich auf, Hanna blickte träumerisch vor sich hin. Sie hörte auch nicht darauf, was Aniela, die lebhaft plauderte, zu ihr sagte, bis diese ungeduldig wurde:

„Wenn Sie so langweilig sind, fahre ich zurück. Was haben Sie denn? Krank sind Sie nicht, trotzdem lassen Sie mich allein herumlaufen, hören nicht einmal zu, was ich Ihnen erzähle. Auch gesehen haben Sie noch nichts, weder die Stadt noch die Galerien — den ganzen Tag gestern und heute vormittag habe ich mich mit der Gesellschaft des Führers trösten müssen.“

Kommen Sie. Benutzen Sie eine Galerie müssen Sie mit, ein bißchen Kunstgenuss einschlecken. Ein paar Gemälde muß ich Ihnen zeigen: Murillo, Velasquez — Sie können doch nicht abreißen, ohne diese Herrlichkeiten bewundern zu haben.“

Kommen Sie. Ich gehe sonst nicht in dieses elendeste Stiergesecht, mir grant schon jetzt davor.“

Hanna bat:

„Lassen Sie mich noch, Aniela. Seien Sie nicht böse. Ich habe ich Sie mitgeschleppt, nun —“

„Aber ich bin wirklich noch nicht fähig, Kunstgenuss zu schlucken“, wie Sie es nennen, ich glaube, ich fürchte mich vor dem, was ich mir zugemutet. Wir bleiben ja noch ein paar Tage. Wenn die Geschichte vorüber ist, von übermorgen ab laufe ich mit Ihnen, wohin Sie wollen.“

Aniela schweig, sie dachte: Es scheint doch noch was anderes zu sein. Herr Felix Volten fehlt, am letzten Abend mit ihm war sie ganz anders.

Aber sie sprach das nicht aus, sie wollte Hanna nicht trüben. — Zu dem Stiergesecht würde sie gehen, unbedingt, sie hatte schon alles mit dem Führer abgemacht, denn in die Lage, die für die Filmschauspieler reserviert war, durfte sie nicht mit hinein. . .

Am anderen Tage fand der Stierkampf statt, Hanna hatte schon früh am Morgen zur Probe nach der Arena hinaus müssen.

Von Mittag ab schien es auch fast eine Unmöglichkeit, durch das Gewühl der Autos, Wagen und Menschen zu kommen: ein unüberhörbares Gewimmel, Gefährte aller Art, von der elegantesten Equipage mit schöngeduckten Frauen bis zu alten, wackeligen Kisten auf zwei Rädern, zog alles nach der Plaza de Toros.

Ehe die Vorstellung begann, hatten die Filmschauspieler und -schauspielerinnen ihre Plätze einnehmen müssen, eigentlich nur als Staffage für Hanna, der die Hauptrolle zugeteilt war.

Während des Kampfes sollte sie sich erheben, dann eine Bewegung ausführen, als ob sie sich hinunterstürzen wollte, um von den anderen, die ansprangen, zurückgerissen zu werden.

Das war schon alles geprobt, wobei damit gerechnet wurde, daß das Publikum in der Aufregung, in der es sich während des Kampfes befand, auf die Vorgänge in der Loge nicht achten würde.

Im übrigen sollte der Film das ganze wirkliche Stiergesecht aufnehmen, bei der Einrichtung für das Kino würde ausgeglichen werden, was für diesen Zweck nicht brauchbar erschien.

Einige Szenen nach dem Stiergesecht, zwischen Hanna und dem verwundeten Stierkämpfer, waren vorgehabt, die sollten am anderen Morgen besonders gefilmt werden. Statt des wirklichen Matadors trat für diesen Zweck einer der Schauspieler in Aktion.

Die Leitung des Stierkampfes hatte sich der deutschen Filmgesellschaft, namentlich Hanna gegenüber, sehr zuvorkommend gezeigt, aber auch im Publikum war die schöne, blonde Ausländerin nicht unbeachtet geblieben. Der Zweck ihrer Anwesenheit hatte sich herumgesprochen, unausgesprochen richteten sich alle Blicke auf sie, weit mehr als auf die Hosfoge, wo einige Infanten saßen.

Der König war nicht erschienen, trotzdem verkauft hatte, daß er anwesend sein würde.

Hanna sah und wagte kaum die Augen aufzuschlagen, sie fürchtete, wie man von allen Seiten zu ihr herüber sah.

Unter den Klängen der Musik marschierte der Zug durch die Arena, die Schaulustler begann.

Ein großer schwarzer Stier war hereingelassen und wurde von vier Toradores, die ihn mit ihren roten Mänteln zu reizen suchten, umkreist.

Ein Hin- und Herpringen, bald vor, bald hinter dem Tiere, das erst gleichmütig die Feinde anstarrte, auf seinem Plage verharrte und nur mit dem Schweif peitschte, sich aber nicht von der Stelle rühren wollte.

Wie das Spielen mit einer Kasse nahm es sich aus, so daß Hanna erleichtert aufatmete — es erschien ihr ganz harmlos.

Ers als einer der Picadores sich dem Stiere näherte, mit seiner Lanze nach ihm hoch, wurde es ernst. Der Stier brüllte auf, warf sich seinem Angreifer entgegen und bohrte seine Hörner in die Weichen des Pferdes, das blutüberströmt zusammenbrach, so daß Hanna wie betäubt die Augen schloß.

Als sie wieder aufblicken wagte, hatte sich die Szene geändert: sie sah jetzt den Matador mit dem Stier im Kampfe, trotz des Grauens, das sie empfand, ein bewundernswürdiger Anblick.

Mit welchen geschmeidigen Bewegungen der Matador dem Angriff der in höchster Wut auf ihn losstürmenden Gegner auszuweichen mußte, — dann plötzlich mit blitzschnellem Ausfall dem Tier den Degen zwischen die Hörner bohrte. Nach ein letzter Vorstoß des aufbrüllenden Kolosses, dann stürzte der schwere Körper in den Sand der Arena.

Hanna hatte nicht mehr hinzusehen vermocht, alle Selbstbeherrschung war von ihr gewichen. Sie war von ihrem Stuhl aufgesprungen und hatte in wilder Eile die Loge verlassen.

Die Schauspieler und Schauspielerinnen hatten ihr erkannt nach: Was fällt ihr ein? Jetzt kommt doch ihre Szene?

Einige riefen sie an. Sie hörte nicht, sie stürzte vorwärts. Gewaltig brach sie sich Bahn durch die Menge, erst als sie den Ausgang erreicht, blieb sie schweratmend stehen.

Verwirrt blickte sie um sich, ihr Auge suchte einen Bogen — nur fort von hier, nichts mehr sehen und hören, das Gräßliche nicht nochmals durchleben.

(Fortsetzung folgt.)

Heiltsdienst in Charlottenburg einige zustimmende Worte zu äußern. („Hört, Hört!“ links.)

Abg. Viebknecht (Soz.): Daß Sie es auch mir unmöglich machen, als Abgeordneter auf die scharfen Angriffe des Ministers zu antworten, zeigt, welchen Begriff von der Würde der Würde dieses Hauses Sie haben.

Der Antrag betreffend die Bekämpfung der Unsitlichkeit wird mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen.

Der Antrag Kronschn (fortsch. Sp.) über die Vereinigung der Berliner Schulleute wird gegen die Stimmen der Fortschrittler, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt. (Rufe bei den Fortschrittler: „Das Zentrum ist umgefallen!“)

Die Budgetkommission hat den Posten für einen Betriebsführer mit 2100—4500 M. gestrichen, ebenso hat sie bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben für eine Druckerlei bei dem Polizeipräsidenten 180 195 M. nicht bewilligt.

Ministerialdirektor Freund teilt mit, daß die Regierung jetzt auf diese Position verzichtet.

Abg. Graef (kons.) befragt den Beschluß der Budgetkommission. Eine eigene Druckerlei für das Polizeipräsidentum ist nicht nötig.

Abg. Wendebach (fortsch. Sp.): Auch ich meine, daß kein Bedürfnis vorliegt. Beschwerden müssen wir uns über einen Fall von unlauterem Wettbewerb durch die Regierung. Sie hat den Beamten einer Privatdruckerlei ausgesetzt, um die Kalkulation zu erfahren.

Abg. Baumeister (natl.): Auch wir sind gegen eine eigene Druckerlei des Polizeipräsidenten. Kein zwingender Grund ist für die Forderung der Regierung angeführt worden.

Bei dem Titel „Polizeiwachmeister“ erklärt

Abg. Viebknecht (Soz.): Die Art, wie Herr v. Jagow die Schulleute behandelt —

Vizepräsident v. Kraske: Ich ersuche Sie, dieses Thema zu verlassen!

Abg. Viebknecht fortsetzend: Ich ersuche nunmehr den Herrn Minister um Auskunft, ob es wahr ist, daß Herr v. Jagow vor einigen Jahren einem Richter ins Gesicht geschlagen hat und deshalb zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden ist?

Vizepräsident v. Kraske: Ich rufe Sie zur Saftel lieber Berliner Polizeipersonen dürfen Sie jetzt nicht sprechen! Als der Abg. Viebknecht sich noch weiter über den Punkt auszulassen beginnt, wird er zum zweiten Male zur Sache gerufen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ liegt ein Antrag der Abg. Graf von der Groeben (kons.), v. Hennigs-Dechlin (kons.) und Oppmann (fortsch. Sp.) vor auf schleunige Verlegung eines Gesetzentwurfes zur Regelung der Stadtreise der neuverpommerschen Städte.

Ferner liegt ein Antrag vor der Abg. Braun (Soz.) und Genossen, der im Zusammenhang mit dem Prozeß Zollmann-Röhl eine Untersuchung darüber verlangt, ob auch bei anderen Polizeiverwaltungen ähnliche Mißstände bestehen, sowie um Mitteilung der getroffenen Maßnahmen.

Abg. v. Hennigs-Dechlin (kons.) begründet den Antrag die Stadtreise betr. der neuverpommerschen Städte.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß Vorarbeiten in Angriff genommen worden sind, die zu einer Vorlage führen sollen.

Abg. Pippmann (fortsch. Sp.): In den kleinen Städten von Neuverpommern und Rügen gilt noch, was dort unter der schwedischen Herrschaft Rechtens war. Nur Greifswald und Stralsund haben moderne Grundzüge in der Stadterhaltung eingeführt. In den kleinen Städten gibt es drei Klassen Bürger. Die dritte, zu der auch die höchsten Kreisbehörden gehören, hat kein passives Wahlrecht. Die Stadtvertretung setzt sich nur aus Kaufleuten, Adelsbürgern und Handwerfern zusammen. Der Magistrat kooperiert sich selbst. Als in einem Orte die Stelle eines Kammerers frei wurde, sagten die übrigen Magistratsmitglieder: Wir wollen den Posten nicht neu besetzen; das Gehalt teilen wir unter uns! (Große Heiterkeit.) Die Stadtverordneten wurden nicht gefragt! Hier muß endlich etwas geschehen. (Beifall.)

Abg. Gne (Soz.) begründet den Antrag Braun und gibt eine eingehende Darstellung des Röhl-Prozesses. Wenn der Kölner Polizeipräsident wirklich von all den Dingen nichts wußte, so war er seinem Posten nicht gewachsen. In dem Prozeß hat ein Zeuge mitgeteilt, daß in verschiedenen Fällen für Amtsverbrechen, zum Beispiel bei Nichterfolgung eines entführten Mädchens, 10 000 M. bezahlt wor-

den seien. Solche Korruptionsfälle kommen nicht nur in Köln vor. In Offen hat ein Polizeibeamter, ein Affessor, der dem Bechenverband ein Verzeichnis der Mitglieder des Steigerverbandes mitgeteilt hat, von dem Bechenverband angeblich 1000 M. erhalten. Man wartet noch heute auf eine Anklage. Er ist nur disziplinarisch mit 90 M. bestraft worden. Ein Polizeipolizeistat in Offen, der einen Einbruch verübt hatte, um den Unternehmern die Mitgliederliste der Arbeiterorganisation zu verschaffen, bekam ungefähr 2700 M. Gehalt, während ein Schutzmann dort noch nicht 1800 Mark erhält.

Ministerialdirektor Freund: Wir haben in Köln alles Nötige veranlaßt. Auch an den weniger glaubwürdigen Gerüchten sind wir nicht vorbeigegangen, um sie zum Ausgangspunkt von Untersuchungen zu machen. In zwei Fällen ist bestraft worden, außerdem sind allgemeine Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse getroffen worden. Auch der Regierungspräsident in Köln und der Kölner Polizeipräsident haben von sich aus das Nötige veranlaßt. Der Fall des Polizeiaffessors in Offen ist längst erledigt. Ein Antrag aus dem Hause hätte es nicht bedurft, die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern. Das Ministerium hat auch sein Augenmerk darauf gerichtet, es etwa auch anderwärts wie in Köln Mißstände bestehen. Es ist die nachdrücklichste Verurteilung von Zuwiderhandlungen verlangt worden, außerdem hat der Minister Vorlesung getroffen, daß der Bureau- und Aufwandsdienst häufiger revidiert werden. (Beifall rechts.)

Abg. Wagner (freikons.): Notwendig wird eine längere Prüfungszeit für die Polizeikommissare sein. Auch müßte man nicht nur Militäranwärter anstellen und verabschiedete Offiziere zurückweisen, wie das jetzt geschieht. Besser wäre es, wenn man auf ihre Einstellung hinwirkte. Es wäre zu wünschen, daß eine Zentralkasse die Beamten anstelle.

Ministerialdirektor Freund erklärt, daß einer Anstellung der Polizeibeamten von einer Zentralkasse wesentliche Bedenken entgegenstehen. Offiziere melden sich selten zu den Stellen der Polizeikommissare. Daß sie zurückgewiesen würden, sei unrichtig.

Abg. Meine (Wirtsch. Ver.) verlangt Maßnahmen gegen die Weindiebstahl in Kassel, in denen geradezu skandalöse Zustände herrschen. Die Polizei sollte auch gegen die Diebstahl vorgehen. Der hat im Fall „Jabern“ den Reichstag zu bloßgestellt? Das waren die Juden! Die Einwanderung russischer Juden muß aufhören. Die Juden, die andere Namen angenommen haben, müßten gezwungen werden, wieder ihren ursprünglichen Namen zu führen.

Präsident Graf v. Schwerin-Köwig: Sie trauen der Polizei aber doch etwas zu viel zu. Ich bitte, sich mehr an den Gegenstand der Verhandlung zu halten.

Abg. Meine (fortsetzend): Freiheit für jedermann, aber Kampf gegen die Mächte, welche die Würdigen unseres Volkes untergraben, vorzüglich gegen das Volk Israel. Es dürften keine Juden mehr eingeführt werden, denn der Bedarf ist gedeckt. (Heiterkeit rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin-Köwig teilt mit, daß am Montag kleinere Sitzungen das Gesetz über die Erhebung von Schiffsabgaben und das Ausgrabungsgesetz zur Verhandlung stehen. Am Dienstag wird dann mit dem Budget begonnen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)
h. Berlin, 19. Februar 1914.

Auf der Tagesordnung steht der
Justizetat (4. Tag).

Es folgt die Aussprache über den Fall der Witwe Hamm in Händersbach.

Abg. Dittmann (Soz.): Es handelt sich um eine Sache der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, nicht um eine politische Frage. Dem Wiederaufnahmeverfahren haben sich illoyale Einflüsse entgegengestellt. Der Redner schildert die Vorgänge, die die Verurteilung der Frau zu vierzehn Jahren Zuchthaus wegen Beihilfe bei der Ermordung ihres Mannes veranlaßten. Wegen den Gelegenheitsarbeiter Jankap lagen die schwersten Verdachtsgründe vor. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß er der Täter gewesen ist. Aus der einmütigen Haltung des Reichstages wird der Staatssekretär eine Handhabe gewinnen, um der Sache des Rechts zum Siege zu verhelfen.

Abg. Weisser (Ztr.): Jeder unschuldig Verurteilte ist eine Angelegenheit, die alle anständigen Menschen angeht, ohne Unterschied der Partei. Es handelt sich hier um ein

beklagenswertes Schicksal. Hauptsächlich kommen die Wahrheit und die Gerechtigkeit zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Weisser (fortsch. Sp.): Der Fall Hamm ist eine ernste Aufforderung an das politische Kriminalverfahren. Der Reichstag kann hier keinen Beschluß fassen, aber er hat die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Reform des Wiederaufnahmeverfahrens dringlich ist. (Beifall.)

Abg. Schulz (Sp.): Wir sollten nicht in der Wette in ein Gerichtsverfahren eingreifen, wie es der erste Redner tat. Das betone ich zugleich namens der Konservativen. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Es folgt die

Abstimmung über verschiedene Resolutionen.

Der Antrag der Nationalliberalen und Konservativen, die von der Budgetkommission gestrichene Stelle eines ersten Reichsanwalts wieder herzustellen, wird nach kurzer Beratung durch den Abg. Kund (natl.) angenommen.

Damit ist der Justizetat erledigt.

Es folgt der

Marineetat.

Abg. Roske (Soz.): Das Petrarca hört nicht auf. Besser ist eine internationale Verständigung zur Verhinderung der Kämpfe. Statt dessen wird weiter geübt. Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß sogar neue Kämpfe verlangt werden.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Arbeiten, die die Marineverwaltung verrichtet, werden möglichst gleichmäßig verteilt. Wir haben uns um Lieferungen nach Süddeutschland gewandt und auch Handels- und Gewerbekammern befragt. Es ist entschieden unrichtig, daß die Vorgesetzten, die sie veranlassen, zu milde, die Gemeinden zu hart bestraft werden. Auf jeden Fall muß die Militärdisziplin aufrecht erhalten werden. Es ist nicht richtig, daß die Stimmung in der Flotte schlecht ist. In mancher Beziehung haben es die Gemeinden besser als die Offiziere. Die Verhandlungen haben häufig abgenommen. Bei dem Unfall des Kustschiffes „L. 1“ wurde keineswegs unvorsichtig verfahren. Es lag eine höhere Gewalt vor. Bei dem „L. 2“ lagen allerdings Konstruktionsfehler vor. Die Untertriebsbojen bekommen ohne weiteres die höchstzulässige Pension. Unsere Flotte soll dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden. Ich habe daher Vertreter aller bürgerlichen Parteien zu Besichtigungen eingeladen. Das Gefühl der engen Zusammengehörigkeit zwischen Volk und Flotte muß in jeder Beziehung gestärkt werden. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.): Eine Verständigung mit England um den Preis der Seeweere kann es jedoch aus nationalen Gründen nicht geben. Ein Vorkaufsrecht Englands wollen wir nicht werden. Das wäre das Ende der deutschen Weltmachtspolitik, eine Konfessionsklärung unserer Notwendigkeit. Der Redner erinnert dann an die Veröffentlichung des amerikanischen Admirals Dewey über die Flotte von Manila, in der sich Angriffe gegen deutsche Seefahrer finden sollen.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, daß allen deutschen Seefahrern ihr Recht in dieser Biographie geworden sei. Das Haus vertagt sich.

Freitag 1 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Weiterberatung.
Schluß 6 1/4 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 20. Februar.

Käufersbund und Sonntagsruhe.

Auch der Deutsche Käufersbund (Ehrenvorsitzende Frau Reichsminister v. Bethmann-Hollweg, Erzengel, Professor Dr. Ernst Brande, Vorsitzende Frau Staatssekretär Dr. Solf, Erzengel; Geschäftsstelle: Berlin-Friedenau, Außensstraße 37) hat der Kommission des Reichstages zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe seine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Regierung unterbreitet und die folgende Resolution mitgeteilt:

„Der Deutsche Käufersbund richtet an den hohen Reichstag das ergebene Ersuchen, den vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung der Sonntagsruhe so umzuwandeln, daß als Regel die volle Sonntagsruhe angenommen wird und Ausnahmen nur in möglichst geringem Maße für die Lebensmittelbranche zugelassen werden.“

Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre müßten die Angehörigen erwarten, daß ihre aus sittlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen berechtigten Wünsche der völligen Sonntagsruhe erfüllt würden, um so mehr, da auch — wie in der Begründung zum Gesetzentwurf hervorgehoben wird — das laufende Publikum sich bereits gewöhnt hat, die Einkäufe am Sonntag zu beschränken.“

In dem laufenden Publikum wendet sich der Deutsche Käufersbund mit einem Flugblatt „Kauft nicht am Sonntag“, in dem es u. a. heißt: „Dem deutschen Reichstag liegt

drücklich, daß er dieser Krankenhausbehandlung hier in Frankfurt und in anderen Städten vollkommen fernstehe. Das sei auch natürlich, denn er habe in den inneren Betrieb der Krankenhäuser nicht hineinzureden.“

Kleine Mitteilungen.

Das Gastspiel des russischen Balletts macht in Hamburg — wie uns unser dortiger M. B.-Arbeiter schreibt — Furore. Der zweite Abend erreichte seinen Höhepunkt in Schumanns „Carneval“. Man hätte gern dem Komponisten gedankt, daß er noch solche eine geniale Verfeinerung seiner unvergänglichen Leidenschaft erlebt hätte. Der künstlerische Leiter des berühmten Balletts, Michel Fokine, ist ein ganz seltenes Talent, das sich nicht auf eine Ebene des Tanzes beschränkt, sondern im Tanz einen Ausdruck des seelischen Erlebens aller Völker sieht und sich daher auch in das verschiedenartige Volkseben vertieft. Seine choreographischen Erfindungen sind voll Geist und Phantasie, sowohl was den Einzeltanz, als den Gruppentanz betrifft.

Buntes Feuilleton.

Der Pariser zoologische Garten während der Belagerung 1870/71. Interessante Urkunden über die Belagerung von Paris kommen immer mehr ans Tageslicht, und unter den letzten befindet sich eine Anzahl Quittungen, die in der Pariser Stadtbibliothek aufbewahrt sind. Aus ihnen erhellt man die Preise, die von der Schlächterinnung für Tiere aus dem zoologischen Garten bezahlt wurden. Natürlich wuchsen die Preise, je länger die Belagerung andauerte. Während in den ersten Rechnungen ein für 100 Franken verkaufter Reintier erwähnt wird, weisen die letzten eine Summe von 27 000 Franken auf, die für zwei Elefanten bezahlt wurden. Wahrscheinlich waren damals die Elefanten selbst schon durch die Entbehrungen der Belagerung bis auf Haut und Knochen abgemagert. Schon im November waren die Preise bereits gestiegen. Vier Wildschweine brachten 1200 Franken und der Preis eines Reintieres stieg sich auf 400 Franken. Das Fleisch des anfruchtigen Emus zu genießen, hatten die Pariser sich noch nicht entfallen können, da eines dieser Tiere nur 200 Franken einbrachte. Fasanen waren dagegen sehr gesucht, zwei wurden für je 50 Franken verkauft. Der Direktor des zoologischen Gartens Geoffroy Saint-Hilaire bemühte sich eifrig, zwei schöne Hirsche zu retten, für die 2500 Franken geboten

Gegen das Salvarsan.

Die Gegner des Ehrlichschen Salvarsan haben eine Bewegung eingeleitet, die ein Verbot gegen das Heilmittel zum Ziele hat. Der Berliner Polizeiarzt Dr. J. Dreum hat dem Reichsgesundheitsamt nach einer Konferenz, die er im Januar mit dem Präsidenten dieser Behörde hatte, eine Denkschrift überreicht, in der er ausführt, daß die Frage des „Salvarsan“ infolge der großen Verbreitung keine medizinische mehr, sondern eine öffentliche, soziale und staatliche geworden sei und daher in größter Öffentlichkeit behandelt werden müsse. Die Denkschrift gliedert sich in der Forderung, „angesichts der schweren Gefahr für Leben und Gesundheit im öffentlichen Interesse von Reich wegen ein Verbot von Ehrlich's „Data 606“ oder die Anwendung in einer Dosis, die die staatliche Arsenmaximaldosis nicht überschreite, zu erwirken.“

Dr. Dreum äußert sich im „L. A.“ über die Frage folgendermaßen: „Als das neue Mittel im Juni 1910 in die weiteste Öffentlichkeit gebracht wurde, war es erst in einer Zeit von fünf Monaten an weniger als fünfhundert Patienten erprobt. Dieses Verfahren mußte als ganz unzureichend erachtet werden bei einer Krankheit, die infolge ihres tödlichen Charakters drei bis fünf Jahre lang im Blut siedet. Dazu kommt, daß eine erhebliche Zahl von schweren Schädigungen der Patienten beobachtet wurde, die nicht etwa auf falscher Anwendung beruhten, sondern bei etwandsfreier Applikation auftraten. So sind in der medizinischen Literatur 275 Todesfälle nach Verabfolgung von Salvarsan bekannt geworden und eine große Anzahl von Erblindungen, Lähmungen und Taubheiten. Diese Wirkungen können auch nicht überraschen, denn das Salvarsan ist ein Arsenpräparat von zehnfacher Stärke der sonstigen Arsenmaximaldosis, und da jeder Mensch anders auf Arsen reagiert, so ist mit der Anwendung dieses Mittels stets die große Gefahr einer schweren Gesundheitsbeschädigung verbunden oder sogar des Todes, der in einzelnen Fällen in einem Zeitraum von drei Stunden bis vierzehn Tagen eingetreten ist.“

Ein Mitarbeiter der „Frankf. Nachr.“ befragte Exzel-

lenz Prof. Dr. Ehrlich in Frankfurt a. M. über seine Stellung diesen Angriffen gegenüber.

Gef. Rat Prof. Ehrlich bemerkte zu der Eingabe des Polizeiarztes Dr. Dreum in Berlin an das Reichsgesundheitsamt, daß diese Behörde keinen Grund hatte, den Versuch Dr. Dreums oder das Anhören seiner Darlegungen abzulehnen. Wie es das übliche Verfahren und allein richtig sei, werde man Dr. Dreum gelassen haben, seine Beschwerde schriftlich in einer Eingabe zu formulieren und einzureichen. Das werde aber vorerst auch alles sein, und jetzt habe das Gesundheitsamt selbstverständlich in eine Prüfung der Eingabe einzutreten.

Ob tatsächlich 275 Todesfälle vorgekommen seien, weiß Professor Ehrlich nicht. Allein diese Zahl müsse auch erst nach anderer Hinsicht geprüft werden. Vor allem sei zu erwägen, daß mit Salvarsan wohl schon weit über eine Million Fälle in Behandlung genommen worden seien, so daß, wenn wirklich 275 Todesfälle vorgekommen seien, diese Zahl doch nur einen ganz geringen Prozentsatz der behandelten Fälle darstelle. Dabei sei noch zu bedenken, daß doch nicht alle Todesfälle, weil vorher Salvarsan-Behandlung stattgefunden habe, nun auch auf das Salvarsan zurückzuführen seien. Es könne bei derartigen Todesfällen die Haltung des Arztes, aber auch die Haltung der Kranken die Schuld tragen. Falsch sei es, das Salvarsanbehandlung bei so weit vorgeschrittenen und veralteten Fällen vorzunehmen, daß keine Heilung mehr zu erwarten sei. Aus allen Vorkommnissen ergebe sich immer wieder die Erfahrung, daß die Behandlung um so wirksamer und sicherer sei, je früher sie angefangen werde. Es komme jedoch häufig vor, daß kaum Gehörte sich von neuem aufdecken und in dieser neuen Erkrankung eine Wirkungslosigkeit des „Salvarsan“ erblicken.

Das „Salvarsan“ wird heute, so bemerkte Exzellenz Ehrlich, überall und in jedem Krankenhaus angewandt, auch in der Straßburger Universitätsklinik, von der Dr. Dreum mitteilte, daß sie einen ablehnenden Standpunkt gegen das „Salvarsan“ einnehme. Also in diesem Sinne treffe das nicht zu, wenn es auch richtig sei, daß man dort Material gegen das Salvarsan sammle. Bei dieser Gelegenheit kam Exzellenz Ehrlich auf die Krankenhausbehandlung mit Salvarsan zu sprechen und bemerkte dabei aus-

zurzeit ein Gesetzentwurf betr. Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vor. Leider steht dieser Entwurf nicht die volle Sonntagsruhe für die offenen Ladengeschäfte vor, wie es alle Angestellten und auch ein großer Teil der Geschäftsinhaber seit Jahren erstreben. Alle Käufer sollten nun zeigen, daß für sie das Offenhalten der Läden nicht notwendig ist! Fast alle Läden am Sonntag leer stehen — mit Ausnahme höchstens der Geschäfte, welche frische, leicht verderbliche Lebensmittel führen. Kaufen auch diese in den frühen Morgenstunden. Ihr erleichtert es damit den gleichgehenden Körperlichkeiten, den berechtigten Forderungen aller Beteiligten auf einen vollen Ruhetag zu entsprechen.“ — Das Flugblatt, das gerade während der Zeit der Kommissionsverhandlungen fleißig verschickt und mehr noch befolgt werden sollte, kann durch die Geschäftsstelle des Deutschen Kaufverbundes (Berlin-Friedenau, Rubensstr. 37) oder des Hauptwerbeausschusses (Hamburg, Seilwäger 3) bezogen werden. 100 Stück der Sonntagsruhebroschüre (mit Postkartenaufdruck) kosten 1 M.

„Drachlose Vorditelegraphisten.“ Durch die Beschlüsse der kürzlich beendeten Londoner Sicherheitskonferenz erfolgt voraussichtlich eine starke Ausdehnung der drachlosen Telegraphie auf deutschen Dampfern. Die Bedienung der Stationen wird bekanntlich durch besonders vorgeschultes Personal — die Vorditelegraphisten — wahrgenommen. Zur Ausübung des Dienstes als Vorditelegraphist wird die Reichsangehörigkeit, sowie der Besitz eines Zeugnisses über die staatliche Prüfung als Vorditelegraphist vorausgesetzt. Die erforderlichen Vorkenntnisse zur Ablegung der Prüfung werden auf der hierfür besonders eingerichteten Schule für Vorditelegraphisten in Bremerhaven erworben. Sprachgewandten jungen Leuten mit guter Schulbildung und technischem Verständnis bietet sich Gelegenheit, durch Vermehrung der Stationen, baldigt eine auskömmliche Stellung zu erlangen. Die durchschnittliche Dauer des Kurses beträgt 4–5 Monate. Auskunft erteilt die Deutsche Betriebs-Gesellschaft für drachlose Telegraphie m. b. H., Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 9.

Die Anliegerinteressen bei Eisenbahnbauten. Der preussische Eisenbahnminister hat heute an die Eisenbahndirektionen und die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, der sich mit dem bei der landespolizeilichen Prüfung der Entwürfe für neue Eisenbahnen, sowie für Umbauten und Ergänzungen staatlicher Eisenbahnanlagen zu beobachtenden Verfahren befaßt. Nach § 4 des Eisenbahngesetzes von 1838 steht dem Minister der Entwurf von Eisenbahnbauten zu, eine Aufgabe, die er im Interesse des gesamten Staatswohls zu lösen bemüht ist. Um ein einheitliches Verfahren bei der Prüfung der von der Eisenbahnverwaltung aufgestellten Bauentwürfe zu erzielen, wird u. a. bestimmt, daß in allen Fällen, in denen durch den Plan landespolizeilich zu schützende Interessen oder Interessen der benachbarten Grundstücke berührt werden, ein landespolizeiliches Prüfungsverfahren voranzugehen hat. Benachbarte Grundstücke sind auch solche, die nicht direkt an die neue Linie anstoßen. Die landespolizeiliche Prüfung wird von der Eisenbahndirektion beim Regierungspräsidenten beantragt, der die 14tägige Offenlegung der betr. Pläne veranlaßt. Ueber etwaige Einwände wird an Ort und Stelle verhandelt. Dabei soll dafür gesorgt werden, daß auch weniger wortgewandte Personen Gelegenheit haben, ihre Interessen zu vertreten. Ueber Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Eisenbahndirektion entscheidet der Eisenbahnminister. Diese neue Anordnung bedeutet einen vermehrten Schutz der Grundstücksbesitzerinteressen bei Schaffung von Eisenbahnanlagen.

Drei- und Vierjährig-Freiwillige werden vom 3. Seebataillon in Tientsin für das asiatische Marine-Detachement in Peking und Tientsin und für die Matrosenartillerie-Abteilung Kwantung in Tientsin gesucht. Die Einstellung erfolgt Oktober 1914, die Ausreise nach China im Januar 1915 bzw. 1916, die Heimreise im Frühjahr 1917 bzw. 1918. Die Freiwilligen müssen mindestens 1,64 Meter groß und kräftig sein und gesunde Zähne haben; sie müssen vor dem 1. Oktober 1895 geboren sein, doch werden auch jüngere Leute bei besonders guter körperlicher Entwicklung eingestellt. Angenommen werden Leute aller Berufsarten. Erwünscht sind Handlungsgeschäftler, Elektrotechniker, Mechaniker, Chauffeurs, Schuhmacher und Schneider, Gärtner und schreibgewandte Leute. In den Standorten in Ostasien wird außer Wohnung und Verpflegung eine Ortszulage von täglich 0,50 M. gewährt; die Vierjährig-Freiwilligen erhalten im vierten Dienstjahre eine Ortszulage von täglich 1,50 M. Meldungen mit genauer Adresse sind unter Beifügung eines vom Zivilvorstehenden der Ersatzkommission ausgestellten Meldescheins zum freiwilligen Diensttritt auf drei bzw. vier Jahre zu richten an: Das Kommando des 3. Stamm-Seebataillons in Cuxhaven, bzw. an das Kommando der Stammbatterie der Matrosenartillerie Kwantung, Cuxhaven.

Studien- und Ferienfahrten im Sommer 1914. Eine auererkennenswerte Einrichtung hat seit dem Jahre 1909 der mit 150 000 Markteuern über das ganze Reich verbreitete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband getroffen. Er veranstaltet alljährlich in den Monaten Juni bis September Fahrten im In- und Auslande, die eine wirkliche Erholung von der Alltagsarbeit bringen sollen und gleichzeitig den Zweck verfolgen, den Geschäftskreis der Teilnehmer zu erweitern. Rund 1500 Personen, Damen und Herren, haben bisher an diesen Sommerreisen teilgenommen. Bemerkenswert ist, daß sich neben den Mitglieðern auch Nichtmitglieder, als Freunde des Verbandes, selbständige Kaufleute und andere Gewerbetreibende, ferner Techniker, Lehrer, Beamte und Angehörige der wissenschaftlichen Berufe an den Reisen in hübschem Maße beteiligen. Die Teilnehmerpreise sind, bei besser Verpflegung in vorzüglichen Hotels, außerordentlich mäßig, weil die Fahrten nicht aus geschäftlichen Gründen veranstaltet werden. In diesem Jahre finden Reisen an Rhein, Mosel, Rastat, durch den Schwarzwald, durch die sächsische Schweiz, nach Berlin, an die Wasserfälle nach Hamburg, Helgoland, Bremen, Lübeck Kiel, nach Tirol, ins Salzburgerland und nach Wien, nach Amsterdam, Brüssel und Paris, in die

wurden, aber schließlich verkaufte er sie doch. Ende November schrieb er einem seiner Angehörigen, er möge wenigstens die Enten reiten und ließ dem Herzog von Montebello die Mitteilung machen, daß alle Bapitis und Magauntisopfen geschlachtet worden seien. In der ersten Dezemberwoche kauften die Schlächter drei Kapuziner, ein Affen, zwei Kapuziner, zwei himmlische Wildschweine, zwei Kamele, zwei Kängurus, einen Pelikan, einen Schwan, einen Bad und einige andere exotische Tiere für insgesamt rund 12 000 Kronen. Dann kommt eine Quittung für ein Dromedar, 2500 Franken. Am 29. Dezember wurden die letzten beiden Elefanten, Katar und Pollux, verkauft, und nun blieben nur noch einige Pflanzen und zwei Wildschweine übrig, aber zuletzt waren die Preise nicht mehr so hoch, wie man hätte erwarten sollen. Im Januar konnte man noch ein Känguru für 350 Franken bekommen.

Schweiz, nach dem Mittelmeer und nach Italien, nach Dänemark, Schweden, Norwegen und nach England hat. Wirklichen Interessenten sendet die Abteilung Studien- und Ferienfahrten des D. N. V. in Hamburg 36 die Reisepäne kostenlos zu.

Angesommene Fremde. Die neueste Fremdenliste verzeichnet u. a. folgende Namen: Rittergutsbesitzer Cansius, Nordend (Rastauer Hof), Universitätsprofessor Dr. Gottschalk, Altesheim (Alteclaf), Rittergutsbesitzer von Graberg, Schloß Campehl (Hotel Royal), Majoratsbesitzer v. Frank, Marfchem, Leutnant Graf v. d. Gröben, Berlin (Kaiserhof), Frau Generalleutnant Exz. v. Köppler, Berlin (Königlicher Hof), Prinzessin Anna Louise zu Hohenlohe-Ingelfingen, Koidenit (Emser Str. Nr. 12), Hofmarschall Graf Centrum v. Erlingen, Stuttgart (Wellenue), Graf v. Londen, Litz 1. Hofl. (Kurankast Dr. Abend), Graf v. Müller, Breslau (Hotel Victoria), Rittergutsbesitzer Schwarz, Marwitz (Weißes Hof), Gräfin Villerä, Grundhof (Kaiserhof).

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Königliches Theater. Mit dem am heutigen Freitag zur Aufführung gelangenden Einakter „Der verwandelte Komödiant“ erscheint der junge Wiener Komiker und Dramatiker Stefan Zweig (geboren 1881) zum ersten mal im Spielplan des königlichen Theaters. Die Hauptrollen werden von Frau Hanshammer sowie den Herren Albert, Herrmann und Rodius gegeben. — Auch „Der Diener zweier Herren“ von Carlo Goldoni (1707–1783) erlebt hier seine Erkaufführung. Dieses Lustspiel steht noch ganz auf dem Boden der Stregreifkomödie und bringt auch noch die typischen Figuren der „comedia del arte“. Es wird ohne Pause von den Damen de Brunn, Doppelbauer und Schrötter sowie von den Herren Andriano, Herrmann, Kober, Lehmann, Schneeweiß und Schwaß gespielt. Nach alter Weise unterbrechen Tanzszenen zweimal den Dialog. Die Regie leitet Herr Herr Legal.

Residenz-Theater. Der nächste Samstag bringt der Festungsstimmung entsprechend zunächst eine Festungs-Oper aus der Feder von Julius Reichenbach, hieran schließt sich die erste malige Aufführung des neuen Schwanfies „Der ungetreue Gedeon“ von Hans Sturm. Das übermächtige Stück, das bereits bei der dreifachen Uraufführung in Leipzig, Königsberg und Bonn durchschlagenden Heiterkeitserfolg erzielte, erobert sich tatsächlich im Sturm die Bühne durch seine drastischen Situationen und durch treffend gezeichnete Schwanfiguren, so daß es bereits mehrfach das Publikum der 25. Aufführung feiern konnte. Das lustige Werk und die Festungsoper werden am Sonntag abend wiederholt. Sonntag nachmittag wird Curt Kraatz bester Schwanfies „Dochgeboren“ zu halben Preisen gegeben. Auf die Reformling-Vorführungen im American-Biograph in der Schmalbacher Straße, die am Freitag und Samstag stattfinden, sei hierdurch nochmals aufmerksam gemacht. Siehe Anzeige.

Freier Meinungsaustrausch.

In dieser Spalte finden solche Zuschriften aus unserem Leserkreis, die ein öffentliches Interesse in Anspruch nehmen dürfen. Unterlunt, Auseinanderstellungen persönlicher oder vererbenden Inhalts sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Neuwahlen zur Schuldeputation. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung steht als Punkt 8: Neuwahl von vier Mitgliedern der Schuldeputation. In der Tagespresse haben die Volksschullehrer bereits Propaganda für die Wahl eines der ihrigen zu machen versucht mit der Begründung, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Schuldeputation vor allem eine sachgemäße Vertretung der Volksschule und des Volksschullehrers fehlt. Wenn man ins Auge faßt, daß die Schuldeputation nicht in erster Linie die Interessen der Volksschullehrer, sondern die der Volksschule zu vertreten hat, so müßten die Volksschullehrer zufrieden sein; denn die Interessen ihrer Schulkollegen werden durch einen Rektor und eine Sonderlehrerin von der Volksschule wahrgenommen. Niemand wird dem Volksschullehrer nachsagen wollen, daß er seine Pflicht in dieser Hinsicht vernachlässigt habe, im Gegenteil, er ist stets für seine Schule nachdrücklich eingetreten, besonders wenn es galt, sie vor scheinbarer Zurücksetzung gegen eine andere Schule zu bewahren. Der Sonderlehrerin, die mit dem Rektor an demselben Institut arbeitet, das Gegenteil nachzusagen, wäre ein noch größeres Unrecht. Daß auch der in der Schuldeputation sitzende Volksschullehrer warm für die Volksschule eingetreten ist, hat sich ja erst bei der letzten Stadtverordnetenversammlung gezeigt, wo er gegen eine Anzahl seiner Stadtverordnetenkollegen sich kräftig für den Bau der 12. Volksschule an der entlegenen Kohnstraße eingesetzt hat. Wenn die Volksschullehrer aber annehmen, daß ihre Interessen durch den Rektor nicht so wahrgenommen worden wären, wie sie es wünschen, so können sie diesen Vorwurf gegen den Volksschullehrer nicht erheben. Und das werden sie auch im Ernst nicht tun wollen, ist doch er, der frühere Vorsitzende des Allgemeinen Lehrervereins, von ihnen auf den Schild erhoben worden und durch sie in das Stadtparlament eingezogen. Ihm geht der Vorwurf der Undankbarkeit zu machen, wäre geradezu widersinnig.

Die Volksschullehrer sehen in ihm nicht ihren Vertreter, wie sie überhaupt in der Schuldeputation nicht ihre Vertretung erblicken können. Nach dem Geschehen vom 28. Juli 1906, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschule, ist die Schuldeputation eingetret zur Vertretung der Interessen der Volksschule. Niemand kann zweien Herren dienen, auch die Schuldeputation nicht. Der Unterrichtsminister hat aus diesen Erwägungen heraus in den Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens vom 3. Febr. 1910 den Mittelschulen eigene Verwaltungsbefugnisse in Aussicht gestellt. Wegen der zu bildenden Verwaltungsräte (Kuratoren) für die Mittelschulen behalte ich mir Verfügung vor.“ Leider ist diese Verfügung bisher noch ausgeblieben, vielerorts sind aber trotzdem schon diese Mittelschul-Kuratoren gebildet worden, einmal um die Schuldeputation, die von der Volksschule schon reichlich mit Arbeit versehen ist, zu entlasten, denn aber auch, um den besonderen Aufgaben der Mittelschule gerecht werden zu können. Wenn die Schuldeputation in Wiesbaden bisher noch die ihr durch die Mittelschule aufgebürdeten Arbeiten mit verrichtet hat, so ist das ja gewiss ein vorzügliches Zeugnis für die Arbeitslust und Arbeitskraft ihrer Mitglieder, auf die Dauer ist dieser Aufwand aber nicht haltbar. Die höheren Schulen, die Fortbildungsschulen, die Volksschulen, sie alle haben eigene Verwaltungsbehörden, nur die Mittelschule nicht. Sie wird im Nebennamen mit versehen, das entspricht aber ihrer Wichtigkeit, ihrer Stellung im Gesamtschulwesen durchaus nicht. Auch die hiesige Schuldeputation kann, wie schon gesagt, nicht als die geeignete Vertretung der Mittelschule angesehen werden. Die drei mittelschulischen Mitglieder, von denen oben bereits die Rede war, vertreten die Volksschule und ihre Lehrer, und das vierte schulpflichtige Mitglied, ein Lehrer an der Mittelschule, ist seinerzeit gegen den von den Mittelschullehrern aufgestellten Kandidaten in die Schuldeputation gewählt worden. So sind tatsächlich die Mittelschule und die Volksschullehrer von einer Vertretung in der Schuldeputation, die doch ihre Angelegenheiten noch verwaltet, ausgeschlossen. Die Volksschullehrer erbitten aber, wofern der Bildung eines Mittelschulkuratoriums für den Augenblick noch

Schwierigkeiten entgegenstehen sollten, von dem Wohlwollen des Magistrats und der Stadtverordneten Erfüllung ihres gerechten Wunsches nach Entsendung eines geeigneten Vertreters in die Schuldeputation.

Aus den Vororten.

Schierstein.

Rom Hafen. Am Donnerstag hat man damit begonnen, die Eisdecke auf unserem Hafen zu sprengen, um den Schiffen die Einfahrt wieder zu ermöglichen.

Raffau und Nachbargebiete.

T. Elville, 18. Febr. In der Stadtverordnetenversammlung kam die Frage des Lehrern- und Seminar-Neubaus zur Sprache. Von der Regierung war die Forderung gestellt, daß die Stadt den Bau auf ihre Kosten ausführen sollte. Sie würde dann die auf 500 000 Mark veranschlagten Kosten mit 2–3 Prozent vom Staate vergütet erhalten. Im anderen Falle müßte die Stadt einen einmaligen Beitrag zu den Baukosten leisten. Vom Magistrat waren diese Bedingungen abgelehnt worden, da bei den bisherigen Verhandlungen die Verpflichtung der Stadt nur in der Stellung des Bauplats und der Herrichtung der Zufahrtswege festgelegt worden sei. Diese Verpflichtung wäre mit 85 000 Mark veranschlagt worden; andere Leistungen müßte die Stadt abnehmen. Diesem Beschlusse stimmte die Stadtverordnetenversammlung bei. — Beschlossen wurde die Errichtung eines Vogelstuhlsgehölzes in der Pöge „Hollerstrauch“ und die dauernde Unterhaltung des Gehölzes.

!! Unterliederbach, 18. Febr. Ueberweisung der Kasualien. Das sogenannte Arbeiterheim der Farbwerke, in welchem nur Arbeiter, die 25 Jahre und mehr Jahre in der Fabrik beschäftigt oder gar nicht mehr arbeiten können, aufgenommen werden, liegt in Unterliederbacher Gemarkung. Sämtliche kirchliche Handlungen wie Taufen, Trauungen und Begräbnisse, wurden bisher durch die Herren Geistlichen von Höchst ausgeführt. Da aber die Farbwerke jetzt 500 M. als Beihilfe für kirchliche Leistungen in die evangelische Kirchentasse bezahlen, sind nun jetzt ab sämtliche kirchliche Handlungen auch dem hiesigen evangelischen Geistlichen übertragen worden. Die Arbeiter auf dem Arbeiterheim nehmen immer mehr zu, umso mehr, da in diesem Frühjahr allein wieder mehr als 40 neue Arbeiterhäuser mit Familien bezogen werden.

h. Schmitten, 18. Febr. Ein zweites Gasthaus auf dem Sandplaten. Es sind noch nicht zehn Jahre her, daß auf dem Sandplaten nur eine Schugshütte stand, wo man bei einem alten Straßenwärter eine Pfaffe Bier haben konnte. Der jetzige Wirt erbaute dann das Gasthaus. Jetzt soll schon ein zweites Gasthaus, dem alten gegenüber, erstellt werden. Die Baustreife mit der Gemeinde Schmitten, zu der der Platz gehört, sind bereits abgeschlossen.

o. Cronberg, 19. Febr. Rändergeschichten hatten sich drei Schüler höherer Lehranstalten in Frankfurt im Alter von 16–19 Jahren in den Kopf gesetzt und sind von ihren Eltern unter Vorgabe von Unwahrheiten aus Frankfurt entwichen. Sie wanderten in den Tannus, bauten sich am Reichenbachthal eine Hölle, in der sie tagsüber kampierten, nachts aber in die Hölle der benachbarten Orte gingen. Ihr Ausbleiben fiel bald den Eltern auf, so meldet der „Cronb. Anz.“, und sie ließen nach den Söhnen forschen. Die Vollenheimer Polizei konnte bald Nachricht geben und als gestern ein Automobil eintraf, um die Jungen in Empfang zu nehmen, waren sie schon wieder auf der Heimreise. — Ihr Ausbleiben fiel bald den Eltern auf! — Kommentar dürfte hier überflüssig sein!

z. Mainz, 18. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Verwaltungsgemeinschaft des Oberbürgermeisters aufgegeben. Vom Oberbürgermeister Dr. Götzelmann wurde zur Selbstbestimmung der Stadt betont, daß die Politik der Stadt darauf gerichtet sei, immer mehr Waldgebiete in der Umgegend von Privatbesitzern zu kaufen. — Ueber die Reichhaltigkeit des Waldes sprach eingehend Beigeordneter Gündert, daß er als ganz vorzüglich sicherte. Die in der Presse erschienenen Mitteilungen, daß sich das Gas seit der Preisversteigerung verschlechtert hätte, seien vollständig unbegründet. — Für warmes Frühlings an arme Volksschulkinder wurden erneut 2500 Mark bewilligt und die Lieferung bis zum 15. März erstreckt. — Die Mieten für die Elektrizitätszähler wurden herabgesetzt und das Sehen des Zählers von 11 M. auf 7,50 M. ermäßigt. — Für den Betriebsfonds der im Herbst stattfindenden Ausstellung der Volksschulen, Kasse und des Gartenbauvereins wurden 1000 M. bewilligt. — Für die Erbauung eines Verwaltungsgebäudes für das Elektrizitätsamt in der Rheingasse wurden 187 000 M. und für die Errichtung eines Wohnfahrtsgebäudes für die Arbeiter des Gaswerks 55 000 M. bewilligt. — Inzwischen hatten sich außer bürgerlichen Stadtverordneten sämtliche Sozialdemokraten bis auf Adelman aus dem Saal entfernt. Der Vortrager zweifelte die Beschlußfähigkeit an und meinte, daß die hiesigen Arbeiter durch die Aufhebung der Stadtverordnetenwahl „erschwert“ würden. Die bürgerlichen Stadtverordneten lehnten zum größten Teil. „Aun“, rief Dr. Pagenstecher, „und Ihre Genossen fehlen ja sämtlich! Da bitte ich zu protokollieren.“ Die Versammlung mußte hierauf wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden. Die Genossen haben wieder einmal eine hübsche Komödie aufgeführt!

T. Badesheim, 18. Febr. Zugelockte Taschen zeigte der Gemeinderat, indem er die Gewährung eines Beitrages zur Erbauung des Bismarck-Nationaldenkmals auf der Elisenhöhe ablehnte.

a. Frankfurt, 18. Febr. Kongress für Innere Mission. Die freie Vereinigung für Innere Mission in Frankfurt hat den Central-Ausschuß für Innere Mission eingeladen, den 28. Kongress für Innere Mission im Herbst 1915 in Frankfurt abzuhalten. Der Central-Ausschuß für Innere Mission hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Einladung anzunehmen. Durch die neugegründete „Freie Vereinigung für Innere Mission“, der sich 40 Organisationen der „Inneren Mission“ in Frankfurt angeschlossen haben, ist eine Grundlage geschaffen, auf der der Kongress sich aufbauen kann. Der geschäftsführende Ausschuß der Freien Vereinigung (Vorsitzender: Pfarrer Dr. Vösch, stellvertretender Vorsitzender: Geheimrat Konradialrat Kanier, Schriftführer: Pastor Jäger, Kassensführer: Herr Vösch) ist bereit, die Vorbereitungen zum Kongress zu übernehmen.

h. Frankfurt, 19. Febr. Entgleisung. Auf dem Bahnhof Dudenheim entgleiste heute abend infolge vorzeitiger Weichenumlegung der letzte Wagen des Arbeiterzuges nach Friedberg. Der Verkehr zwischen Frankfurt und Friedberg, Hamburg und Cronberg erlitt mehrstündige Unterbrechung. Personen kamen, obwohl der Zug dicht besetzt war, nicht zu Schaden.

s. Offen, 18. Febr. Vom Straßenbahnunglück. Von den bei dem Straßenbahnunglück im vergangenen Monat verletzten Personen befinden sich vier noch immer im Krankenhaus; sie werden wahrscheinlich noch längere Zeit dort verweilen müssen. Der Schaffner des Straßenbahnwagens ist ebenfalls dienstunfähig und wird vielleicht noch ein halbes Jahr im Krankenhaus zubringen müssen.

Gericht und Rechtsprechung.

Ungeklärter Handel mit Arzneimitteln. Wiesbaden, 19. Febr. Wegen den Drogen J. war Anklage erhoben worden, da er Arzneimittel und Gifte, deren Abgabe auf die Apotheken beschränkt ist, verkauft hatte. Der Sachverständige, Apotheker Dr. Stephan, berichtete über die bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Arzneimittel, welche auf dem Klosett vorgefunden wurden. Unschädliche Arzneimittel sowie starkwirkende beziehungsweise gifthaltige, die nicht vorchriftsmäßig bezeichnet waren, befanden sich durcheinander und in Unordnung in dem Abort. Aus den beschlagnahmten Rechnungen ging hervor, daß der Angeklagte sehr viele Arzneimittel verabsolgt hatte, deren Abgabe auf die Apotheken beschränkt ist. Teilweise hatten die Arzneimittel starkwirkende beziehungsweise giftige Eigenschaften, wie Morphin, Cocain, Digitalis, Phosphor, Phenacetin usw.; diese Mittel dürfen in Apotheken nur auf ärztliches Rezept abgegeben werden. Der Kreisarzt, Dr. Pils, vertritt die Ansicht, daß der ungeklärte Arzneimittelhandel geradezu eine gemeingefährlich geworden sei, und schließlich seien zahlreiche Körperverletzungen, ja sogar Todesfälle darauf zurückzuführen, daß starkwirkende Arzneimittel ohne weiteres in Drogerien verabsolgt worden seien; nur in seltenen Fällen würde jedoch die Ursache der plötzlichen schweren Erkrankung bekannt, da die Leute, welche derartige Mittel aus Drogerien besorgten, sich selbst verantwortlich und strafbar gemacht hätten. J. wurde zu 300 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Sport.

Olympiawerbesport. Nachdem am Mittwoch in Hannover mit so großem Erfolge im „Tivoli“ der Werbesport des Deutschen Reichsausschusses für olympische Spiele vor sich gegangen ist, wird die nächste Zeit auch in anderen Städten eine Reihe von Vorträgen bringen. So spricht Generalsekretär D. i. e. m. am Mittwoch, 25. Februar, auf Veranlassung des Großherzogs in Weimar über seine amerikanische Studienreise. Der Großherzog hatte den Diemischen Vortrag bereits in Jena gehört und darauf die gleiche Veranstaltung für Weimar veranlaßt. Am 9. März spricht D. i. e. m. zusammen mit Generalsekretär Hauptmann R. d. s. in Pforzheim. Am 11. März findet dann in Reg. ein Vortrag für die dortige Garnison im Allgemeinen Militärkasino statt. Am 16. März ist für Tilsit ein Vortrag angesetzt. Für Dresden ist der 19. März vorgesehen, während am 22. März der Werbesport in Frankfurt a. M. wiederholt wird. Das Schumanntheater ist für die Veranstaltung gemietet worden; außer den Vorträgen finden auch sportliche Vorführungen statt. Der Präsident des Reichsausschusses, v. Podbielski, hat sein Erscheinen zugesagt. Am 31. März folgt dann ein Vortrag in Rostock. Weitere Vorträge sind geplant in Dessau, Magdeburg, Duisburg, Stuttgart usw.; man sieht, daß die Werbesport unter ganzem Reich zu erfassen beabsichtigt ist.

Anteil, 19. Febr. (Privattelegr.) Prix Roule. 2000 Frs., 3100 Meter. 1. J. Rieur' Sir Peter (Vespina), 2. Mont Moran, 3. Bagaban. 7 liefen. Tot. 16:10, Pl. 11, 18:10. — Prix de la Baucresson. 5000 Frs., 3500 Meter. 1. M. Velt-Picard's Prince Christian (Parsfremet), 2. Calendal, 3. Siva II. 4 liefen. Tot. 13:10, Pl. 11, 16:10. — Prix Bougie. 10 000 Frs., 3500 Meter. 1. J. Rieur' Beau Mivage II (Vespina), 2. Zenith II. 3. Halbronne. 4 liefen. Tot. 8:10, Pl. 12, 12:10. — Prix Recruit II. 4000 Frs., 3500 Meter. 1. S. Rigauds Le Solpbe (M. Head), 2. Verdignat, 3. Chatterbox. 7 liefen. Tot. 56:10, Pl. 22, 13:10. — Prix Silbermisch. 4000 Frs., 3800 Meter. 1. Ch. Ménard's Beni Merab (Rogorove), 2. Urbaine. 3. Chateaux II. 4 liefen. Tot. 30:10, Pl. 11, 10:10. — Prix Sauveur. 4000 Frs., 3100 Meter. 1. G. Duffours Murier (E. Williams), 2. Conserit, 3. Annibal VII. 4 liefen. Tot. 65:10, Pl. 21, 21:10.

Vermischtes.

Der Oberprimaner auf Freiersfüßen.

Aus dem Oberellias wird der „Straß. Post.“ erzählt: Bei dem Gymnasialdirektor eines im Oberellias gelegenen Städtchens erschien eines schönen Tages eine dralle Bäuerin aus einem benachbarten Dorfe mit der angestrichelten Frage, ob der Oberprimaner Sch. einen guten Platz bei ihm habe. Der Direktor, ein leutseliger, alter Herr, erklärte der Frau, daß die Gymnasialisten der oberen Klassen keine Platznummern mehr erhalten, was sie ja selbst schon aus den Zeugnissen hätte sehen müssen. Diese Erklärung schien der Bäuerin aber nur wenig einzuleuchten; denn sie schüttelte nachdenklich den Kopf und erwiderte, daß sie noch nie ein Zeugnis gesehen habe. „Was, Sie haben noch nie ein Zeugnis Ihres Sohnes gesehen?“ entgegnete der über eine solche Gleichgültigkeit und vermeintliche Geringschätzung der Schularbeit entsetzte Direktor. „Das ist ja unerhörte!“ Aleinlaut meinte die nun etwas verängstigte Frau: „Ja, ich bin net sui Mäter, ich bin nur fani alleinständig Schwegere. Er möcht garn mini Tochter hroete, und do hawt jechicht froge wolle, ob er a gültis Plaghe bi En bet und o a Famelle erhalte wa.“ Daß der alte Schulmonarch sich auf die Fälsche beissen mußte, um über diese ländliche Einfalt nicht in lautes Lachen auszubrechen, braucht nicht besonders betont zu werden, ebensowenig, daß die Standpaule, die dem heizatsüchtigen Oberprimaner vom gestrigen Herrn Direktor gehalten wurde, ihm die Heiratsgedanken für lange Zeit austrieb.

Opfer des Cocaineneusses.

Die Partier Polizei ist augenblicklich damit beschäftigt, den geheimnisvollen Tod eines Deutschen aufzuklären. Am vergangenen Dienstag erschien in einem dortigen Hotel auf dem Boulevard St.-Germain ein elegant gekleideter Deutscher in Begleitung einer Dame und mietete ein Zimmer. Er schrieb sich ins Fremdenbuch als ein Student Wilhelm Klein aus München ein. Die Dame verließ während der Nacht allein das Hotel und erklärte dem Portier, daß ihr Begleiter nicht gewandt zu werden wünsche. Als am anderen Tage der Fremde nicht erschien und man die Tür erbrach, fand man den Fremden leblos im Bette liegen. Die Untersuchung ergab, daß er an übermäßigem Cocaineneuss gestorben ist. Die weitere polizeiliche Untersuchung stellte mit ziemlicher Sicherheit fest, daß sich der Deutsche unter falschem Namen eingetragen hat. Es soll sich in Wirklichkeit um einen Deutschen namens Johann Jakob Krub handeln, der bereits wiederholt wegen Hochtaperei in Paris bestraft worden ist. Man fahndet nun nach der unbekannten Dame, die Krub ins Hotel begleitete.

Am ein Lächeln niedergeschossen.

Ansehen erregt in der italienischen Kolonie zu Paris eine **Extraktion im Hause des in Paris sehr bekannten**

italienischen Malers Forcignano, der seit kurzem mit einer Schriftstellerin aus Argentinien verheiratet ist. Dieser Tage unternahm Madame Forcignano eine Ausfahrt im Automobil. Der Maler beobachtete, wie seine Frau beim Aussteigen einem jungen Mann zulief. Nach ihrer Heimkehr nahm der vor Eifersucht sinnlose Forcignano ein Jagdgewehr von der Wand und schloß der jungen Frau zwei Kugeln in die Brust. Sie wurde lebensgefährlich verletzt ins Hospital übergeführt. Forcignano stellte sich der Polizei.

Kurze Nachrichten.

Eine „leine“ Familie. In Vözen wurde die angeklagte Baronin Beskowrados unter dem Verdacht, mit ihrem Gatten große Betrügereien begangen zu haben, verhaftet. Das Ehepaar kam 1911 nach Meran und kaufte dort das Schloß Wiensgenau für 200 000 Kronen, auf das eine Anzahlung von nur 5000 Kronen geleistet wurde. Das Ehepaar lebte auf großem Fuße und brachte es schon nach kurzer Zeit fertig, den im Schloße verkehrenden Gästen größere Summen zu entlocken. Wie sich nunmehr herausstellte, ist der jetzige Schlossherr von Wiensgenau der Sohn eines Berliner Antiquars, namens August Meyer, nach dem die Behörden schon lange fahnden.

Blutiges Ehedrama. Ein Ehedrama hat sich in der Ortschaft Schaffhausen im Kreise Saarlouis abgespielt und die ganze Ortschaft in Aufregung versetzt. Im Laufe eines Streits durchschnitt der fünfunddreißigjährige Gattenarbeiter Supper seiner Frau mit einem Messer den Hals und versuchte dann, sich auf gleiche Weise zu töten. Er verlor sich schwer und wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Die Frau war auf der Stelle tot. Dem Streit lag eine Eifersuchtszene zugrunde.

Auskunftsstelle für Reise und Verkehr.

„Wintersport.“ Wengernalp- und Jungfraubahn sind bis Ende Februar im Betriebe, natürlich nicht in so ausgedehntem Maße wie im Sommer. Auch werden die im Fahrplan vorgesehenen Rüge für gewisse Strecken nur dann ausgeführt, wenn die Witterungsverhältnisse es gestatten und wenn sich eine bestimmte Anzahl von Personen einfindet. Ob gerade an dem Tage Ihres Dortheins diese Vorbedingungen gegeben sind, kann jetzt nicht gesagt werden; Sie müssen sich also gedulden, bis Sie in Lauterbrunnen oder in Grindelwald eintreffen. Die Fahrpreise sind nicht höher als wie im Sommer; sie sind jetzt eher noch etwas niedriger infolge der bis Schluß der Wintersaison erhöhten Abkommens. Die Wengernalpbahn gibt unpersonliche Abonnements (au porteur) aus zu 20 Kilometerumrechnen mit 30 Prozent Ermäßigung, das heißt zum Preise von 7 Francs; außerdem gibt es persönliche Tagesfahrkarten zu ebenfalls sehr ermäßigten Taxen. Die Jungfraubahn gibt ebenfalls persönliche Abonnements, gültig für drei Fahrten, aus, und zwar: Scheldags-Jungfraubahn und zurück 64 Francs und Eigerletscher-Jungfraubahn und zurück 58 Francs. Sonst wird die gewöhnliche Fahrkarte ohne Zuschlag erhoben.

Letzte Drahtnachrichten.

Prozeß Mielczynski.

Graf Matthias Mielczynski ist gestern Mittag im Automobil nach Meseritz gebracht worden. In der Begleitung befand sich ein Berliner Kriminalbeamter, der auch beim Prozeß zugegen sein wird. In der Hinterlassenschaft der erschossenen Gräfin wurden Briefe gefunden, die entlastend für den Grafen sind.

Ein Prozeß gegen zwei Polizisten.

Vor dem Schwurgericht in Benthien begann gestern die Verhandlung gegen die Schutzleute Kolott und Wegelant aus Königsbühl. Beide sind wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgange angeklagt. Sie hatten auf der Polizeiwache in Königsbühl den Bergmann Grupp nach dessen Verhaftung mit ihren Säbeln so schwer mißhandelt, daß der Tod eintrat. Es sind 30 Zeugen geladen. Der Vorsitzende führte aus, daß diesmal eine größere Anzahl Zuhörer zugelassen sei, als es sonst üblich wäre, da ein allgemeines Interesse für die Verhandlung vorliegt. Sofort beschreitet den Prozeß geschlagen zu haben. Das Urteil ist erst spät abends zu erwarten.

Fünf Kinder erstickt.

In Boderberg in Steiermark hat sich ein bedauerlicher Unglücksfall zugegetragen. In der Wohnung des Guisbefiziers Walter Ballast spielten dessen Kinder mit Blindpfeilern. Dabei geriet der Kinderwagen in Brand. Ehe Hilfe kam, waren alle fünf Kinder erstickt.

Standalszenen im ungarischen Abgeordnetenhaus.

In Budapest kam es im Abgeordnetenhaus gestern wieder zu großen Standalszenen. Es wurde über den gegen den Präsidenten eingebrachten Mißtrauensantrag der Opposition verhandelt. Die Opposition gebärdete sich überaus stürmisch. Der Ministerpräsident, Graf Tisza, der das Wort ergriff, wurde mit lärmenden und stürmischen Zurufen unterbrochen. Graf Tisza erklärte, der Antrag könne nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das Mitglied der Regierungspartei Andreas Podmaniczki rief dem Abgeordneten Seckely zu: „Wie viel haben Sie von dem Panama und Schweinegeld bekommen?“ Seckely erwiderte mit dem Rufe „Schurkel“. Er wurde zur Ordnung gerufen, und erklärte dann, er habe keinen Pfennig bekommen. Die Erregung stieg von Minute zu Minute und die Debatte wurde unter ungeheurem Lärm fortgesetzt.

Einsturz eines unterhöhlten Fährdamms.

Der Draht meldet aus London: In der Kohlenbergstadt Cradley Heath stürzte der unterminierte Fährdamm der Hauptstraße metertief ein. Hunderte von Häusern, Läden und Werkstätten wurden wie bei einem Erdbeben schwer beschädigt. Die von panischem Schrecken befallenen Bewohner waren in den Baulichkeiten eingeschlossen, bis sie von den Rettungsmannschaften befreit werden konnten. Der Schaden ist sehr bedeutend. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Großer Waldbrand.

Der Draht meldet aus Madrid: Eine heftige Feuersbrunst hat gestern in der Nähe von Brun einen Forst mit 50 000 Tannen zerstört. Die Polizei hat 36 Personen, die wegen Brandstiftung verdächtig sind, verhaftet.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weinzeitung.

o. Branbach, 18. Febr. Wegen Ueberzuckerung vor dem Schöffengericht. Gelegentlich einer Kellerkontrolle des amtlichen Weinkontrollors in Camp a. Rh. wurde bei einem dortigen Weinbändler ein Stück Wein als überzuckerter beanstandet. Die chemische Untersuchung durch das Untersuchungsamt Kreuznach kam zu demselben Resultat. Heute hatte sich nun das hiesige Schöffengericht mit dieser Sache zu befassen. Außer dem Vorsitz der Untersuchungsamtes Kreuznach, Herrn Dr. Stern und dem Weinkontrollor Müller, Langenlonsheim und Hauffert, Weisenheim, waren noch eine ganze Anzahl Sachverständige geladen, deren Ausführungen zuweilen weit auseinandergingen. Das Gericht kam schließlich doch zu der Ueberzeugung, daß durch die amtliche Untersuchung die Ueberzuckerung nachgewiesen sei, und verurteilte demgemäß den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 5 M. und in die Kosten. Die letzteren dürften wohl ganz erhebliche sein. Die Verhandlung nahm fast den ganzen Tag in Anspruch.

Marktberichte.

o. Diederhosen, 18. Febr. Einen ganz außerordentlichen Jutrieb wies der hier abgehaltene Viehmarkt auf. Es waren nicht weniger als 3571 Tiere angefahren. Der Geschäftsgang war in Vieh aller Gattungen sehr lebhaft. Die Nachfrage war rege. Die Preise für Rindvieh waren in der Höhe, die für Schweine zurückgegangen. Bezahlt wurden für Schlachtvieh im Zentner Schlachtgewicht: fette, gemästete Ochsen 90–92 M., fleischige, weniger gemästete 86–88 M., geringere 83–84 M., fette, gemästete Rinder 88–90 M., fleischige, weniger gemästete 85–88 M., geringere 80–82 M., fette, gemästete Kühe 88–89 M., fleischige, weniger gemästete 78–80 M., geringere 75–77 M., Mastkalber geringeren Schlachtgewichtes 92–94 M., fette Kälber 88–90 M., fette Schweine 68–70 M., fleischige 64–66 M. Ferner kosteten das Stück frischmelkende Kühe 400 bis 500 M., desgleichen ohne Kalb 350–420 M., trächtige Kühe und Rinder 320–420 M., halbjährige Rinder 80–125 M., jährige 130–190 M., das Paar erstkalfende Geßpandochsen 1000–1200 M., geringere 800–1000 M., sechs bis acht Wochen alte Ferkel 32–42 M., acht bis zehn Wochen alte 48–60 M.

o. Kalkmann, 18. Febr. Viehmarkt. Zugetrieben waren 1107 Tiere, darunter 478 Ochsen, 158 Rinder und 129 Kühe. Die Preise waren für Rind- und Schlachtvieh zurückgegangen. Der Handel war flau. Es kosteten: Ferkel 1. Sorte 1100 M., 2. 1000 M., das Paar, Ferkelkühe 400–450 M., trächtige Kühe 480–500 M., Mastkühe 400–480 M., trächtige Rinder 300–420 M., halbjährige Rinder 130–225 M., das Stück, Ochsen 1. Sorte 90–92 M., 2. 86–88 M., Rinder 1. Sorte 85–86 M., 2. 82–84 M., Kühe 1. Sorte 75–80 M., 2. 70–72 M., Schweine 1. Sorte 60–62 M., 2. 58–60 M., die 50 Kilo Schlachtgewicht, sechs bis acht Wochen alte Ferkel 48–56 M., zehn bis zwölf Wochen alte 75–85 M., das Paar.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 19. Febr. Nach schwacher Eröffnung trat im Verlauf leichts Befestigung ein, da sich immer wieder herausstellte, daß sehr wenig Ware an den Markt gelangt und die Spekulation mit Abgaben zurückhält. Die ersten Kurse waren um Kleinigkeiten niedriger. Diskonto und Deutsche Bank hielten $\frac{1}{2}$ Prozent ein; ferner notierten Edison, Nordb. Lloyd und Paketfahrt, sowie Laurahütte anfangs etwas matter, Bochumer dagegen neigten zur Befestigung. Um ein Prozent höher eröffneten Kanada auf die Befestigung in New York und konnten später noch $\frac{1}{2}$ Prozent anziehen. Höher gefragt waren auch Prinz Heinrichbahn auf die gemeldete Dividendenrate, und Staatsbahn auf Wiener Käufe.

Von Montanwerten bleiben Kohlenaktien geschäftlos und unverändert, Bochumer und Phönix erzielen kleine Besserungen. Elektrische Aktien behaupten den letzten Stand. Bankmarkt sehr still. Von Schiffbauaktien werden nur Danja zu anziehenden Kursen lebhafter gehandelt.

Heimische Fonds um 0,20 und 0,10 gebessert. Privatskonten unverändert, 3 Prozent.

Wien, 19. Febr. 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kreditaktien 206 50. Handelsbank 260 1/2. Deutsche Bank 260 1/2. Diskonto-Kommandit 198 1/2. Dresdener Bank 158 1/2. Staatsbahn 157. —. Canada 217. —. Bochumer 227 1/2. Laurahütte 184 1/2. Gelsenkirchen 195 1/2. Harpener 189. —.

Krakau, 19. Februar. Effekten-Societät. Kredit Aktien 206 1/2. Staatsbahn 157 1/2. Lombarden 22 55. Diskonto-Kommandit 198 1/2. Gelsenkirchen 196 1/2. Laurahütte —. —. Ungarn —. —. Italiener —. —. Türkenlose —. —.

	Paris.	St. Petersburg.	St. Petersburg.
3proz. Rente	87,30	87,17	
3proz. Italiener	96,80	96,90	
4proz. Russen kon. I u II	91,40	91,20	
4proz. Spanier	90,50	90,50	
4proz. Türken (unif.)	86,67	86,77	
Türkische Lose	203	203,50	
Metropolitain	547	544	
Banque Ottomane	644	645	
Rio Tinto	1805	1805	
Chartred	26	25	
Debeers	496	479	
Caltrand	52	51	
Goldfelds	63	62	
Randmines	153	151	

Schwach.

Briefkasten und Rechtsauskunft.

Unwissende: Am besten ist es, sie erwirken einen Zahlungsbefehl. Das Gesuch um Erlaßung eines solchen ist schriftlich oder mündlich bei dem Amtsgericht anzubringen. Sie können auch gleich das auszufüllende Formular, das Sie in den meisten Schreibwarengeschäften erhalten, bei Gericht einreichen. Wird gegen den Zahlungsbefehl kein Widerspruch erhoben, so haben Sie binnen 6 Monaten die Erlaßung des Vollstreckungsbefehles nachsuchen. andernfalls verliert der Zahlungsbefehl seine Kraft. Die Kosten sind gering.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niebner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothus; für Feuilleton und Volkswirtschaftlichen Teil: H. E. Eilenberger; für den literarischen redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenteil: Paul Lange. Sämtlich in Wiesbaden.

Es wird gebeten, Briefe nur an die Redaktion, nicht an die Redakteure persönlich zu richten.

Für Nervöse gibt es kein wirksameres Mittel, wie **Kotufin** — Roths Nährmittel. Es ist nicht um Einnehmen, sondern ein angenehmes Trinken und Beseitigung. 632 In Apotheken u. Drogerien d. F. d. a. M. 1.00 zu haben. Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. Fabrikanten Roth u. Sohn, Weiningen.

